

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

1. Sitzung vom 28. März 2006 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Walter Banga, Susanne Haas, Thomas Imboden, Ursina Lanz, Lukas Lauper, Giorgio Lüthi, Helen Wegmüller Béatrice Grieder, Gemeindeverwalterin Gilbert Davet, Bauverwalter
<u>Vorsitz:</u>	Walter Banga, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Lukas Lauper, Vizepräsident
<u>Protokoll:</u>	Kathrin Cottier Hofer
<u>Stimmenzähler:</u>	Werner Benseler, Ursula Gallandre, Bernhard Gassenbauer, Ruedi Hiltbrunner
<u>Entschuldigt:</u>	Jürg Berger, Anina Weber, Christine Pezzetta und Rolf Rindlisbacher
<u>Dauer der Sitzung:</u>	20.00 Uhr bis 23.15 Uhr

Traktanden

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 8. Dezember 2005
2. Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission für die Berichtsperiode vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2005
3. Neue Gemeindeordnung / Einführung des Wohnerrates
4. EDV-Anlage, Jahr-2000-bedingte Anpassungen und Migration / Schlussabrechnung
5. Antrag gemäss § 68 GemG von Jürg Berger betreffend Änderung von § 1 des Verwaltungs- und Organisationsreglements (Publikation im Internet)
6. Antrag gemäss § 69 GemG von Karl Völlmin i.S. Untersuchung betreffend Beibehaltung des eigenen Steuerbüros / Mündliche Beantwortung
7. Antrag gemäss § 69 GemG von Daniel Münger betreffend Herausforderung Alter / Mündliche Beantwortung
8. Zonenvorschriften Siedlung Landschaft, Teilgebiet Brüglinger Ebene
9. Teilstrassennetzplan Brüglinger Ebene
10. Verschiedenes

Die Pläne zu Traktandum 8, Zonenvorschriften Siedlung Landschaft, Teilgebiet Brüglinger Ebene, und Traktandum 9, Teilstrassennetzplan Brüglinger Ebene, waren im Foyer ausgehängt

[Anm.: Das vorliegende Protokoll wurde ab Tonband erstellt. kco]

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst im Namen des Gemeinderats rund 274 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur heutigen Gemeindeversammlung. Er begrüsst zugleich die Zuschauer auf den separaten Plätzen. Neu im Gemeinderat, und zum ersten Mal an einer Gemeindeversammlung auf dem Podium, befindet sich Susanne Haas. Sie hatte seit Neujahr Gelegenheit, sich im Gemeinderat einzuarbeiten und hat das bereits sehr gut gemacht. [Applaus aus dem Publikum.] Zum ersten Mal und - wegen rechtlichen Fragen ausnahmsweise - hat, neben Gemeindeverwalterin Béatrice Grieder, auch Remo Lutz, Rechtskonsulent der Gemeinde, auf dem Podium Platz genommen. Dies für den Fall, dass spezielle Fragen gestellt werden. Von den Medien begrüsse ich Markus Brügger, Wochenblatt, Herrn Zenklusen, Basler Zeitung, und Heiner Leuthardt, der die Basellandschaftliche Zeitung und das Regionaljournal vertritt. Entschuldigt für die heutige Versammlung haben sich Jürg Berger, Anina Weber, Christine Pezzetta und Rolf Rindlisbacher. W. Banga gibt die Regeln respektive die Vorbemerkungen zur Durchführung der Gemeindeversammlung bekannt: Für die Nichtstimmberechtigten, die herzlich willkommen sind, sind spezielle Plätze hinter der Absperrung reserviert; die Gemeinde-

versammlung ist öffentlich, doch sie dürfen nicht stimmen und deshalb mussten wir sie abgrenzen. Bei Wortmeldungen soll das Mikrophon benützt und der Name angegeben werden, damit Kathrin Cottier weiss, was sie ins Protokoll schreiben muss. Als Stimmzähler wurden angefragt und bestimmt: rechts von Ihnen aus gesehen und der Gemeinderatstisch werden von Bernhard Gassenbauer gezählt, im zweiten Block von rechts zählt Werner Benseler, im dritten Block Ursula Gallandre und im Block ganz links aussen Ruedi Hiltbrunner. Ich danke den Stimmzählern schon jetzt - vielleicht bekommen sie heute Abend Arbeit. Zum Formellen: Die Einladung wurde rechtzeitig zugestellt, die Kurzfassung ging an alle Stimmberechtigten, die ausführliche Fassung an die Abonnenten. Die Bezugsstellen, an denen die Unterlagen abgeholt werden können, standen ebenfalls wieder zur Verfügung, und selbstverständlich waren sie auch wiederum über www.muenchenstein.ch abrufbar. Die Traktandenliste steht zur Diskussion. Besteht ein Einwand dazu? Das ist nicht der Fall, die Traktandenliste ist demnach wie vorliegend genehmigt.

://: Die Traktandenliste wird genehmigt.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 8. Dezember 2006

Gemeindepräsident W. Banga: Gibt es Wortbegehren zu diesem Protokoll? Das ist nicht der Fall, wir stimmen darüber ab. Wenn Ihnen das Protokoll genehm ist, bezeugen Sie es bitte mit Handerheben. Gegenmehr wird nicht festgestellt. Ich danke der Verfasserin, Kathrin Cottier, bestens für das Protokoll.

://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

Traktandum 2

Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission für die Berichtsperiode vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2005

Gemeindepräsident W. Banga: Bei Traktandum 2 wird uns der Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission für die Berichtsperiode 1.1.2005 bis 31. Dezember 2005 vorgestellt. Das macht die Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, Jeanne Locher, gerade selber.

Jeanne Locher: Sehr verehrte Anwesende, ich begrüsse Sie ganz herzlich. Mit diesem Bericht legt die GPK Rechenschaft über ihre Arbeit ab. Wir können Behörden und Kommissionen prüfen, müssen überprüfen, ob die Gemeindeversammlungsbeschlüsse korrekt umgesetzt wurden und nehmen auch Anliegen aus der Bevölkerung entgegen. Das heisst, unsere Augen und Ohren sollten hier in Münchenstein eigentlich offen sein. Erlauben Sie mir bitte einige Erläuterungen zu diesem Bericht. Bei den gemeindeeigenen Liegenschaften - das war eine grössere Prüfung - sind vor allem die nicht vollständigen und auch ausstehenden Verträge störend und die allgemein eher schlechte Bewirtschaftung dieser Liegenschaften stand im Vordergrund. Den Hochlandrindern, die ja unbestritten „härzig“ sind und die der Gärtnerei Einsparungen bei der Wiesenbewirtschaftung erbringen, stehen die Kosten der Zaunerneuerungen oder Zaunerstellungen und Reparaturen gegenüber - und auch Zweifel bei Naturliebhabern, ob diese Rinder nicht zu viel abfressen oder zerstören. Die Schwierigkeit in unserer Arbeit ist manchmal, abzuschätzen, wie viel Zeit wir investieren wollen. Wir haben bei dieser Prüfung nicht viel benötigt, aber trotzdem versucht, beide Seiten zu betrachten. Das Gespräch mit Frau Grieder war keine Prüfung. Es war ein informatives Gespräch, wie es in diesem Jahr auch mit der Bauverwaltung und mit dem Gemeindepräsidenten durchgeführt werden soll. Das Bestattungs- und Friedhofreglement wurde auf die Umsetzung des Gemeindeversammlungsbeschlusses hin geprüft. Ausserdem wurden auch die zwei Reglemente und die Gebührenverordnung studiert. Das Resultat war, wie Sie im Bericht lesen können, nicht zufrieden stellend. Bei der Feuerungskontrolle steht „die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen“. Die Umsetzung der neuen Verordnungen umfasst anscheinend sehr vieles. Es ist sehr harzig und - wie wir geschrieben haben - noch nicht abgeschlossen. Ein Bericht wird noch folgen. Zu den andern Abschnitten muss ich nicht viel sagen. Wenn Sie Fragen haben, sind wir gerne bereit, sie zu beantworten. Wenn ich es nicht kann, leite ich es noch so gerne weiter. Ein ehemaliges GPK-Mitglied, Susanne Haas, sitzt

jetzt - zu meinem Bedauern - auf dem Podium. In die GPK nachgerückt ist Peter Tobler. Ich möchte allen GPK-Mitgliedern ganz herzlich für ihren Einsatz danken. Es ist nicht immer einfach, das wissen Sie wahrscheinlich alle. Ich möchte auch allen danken, die etwas zu diesem Bericht beigetragen haben. Fragen beantworte ich Ihnen jetzt gerne.

Gemeindepräsident W. Banga: Danke, Jeanne Locher. Der Bericht steht zur Diskussion. Ich stelle keine Wortbegehren fest. Ich bitte Sie, den Bericht der Geschäftsprüfungskommission zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke an dieser Stelle der Geschäftsprüfungskommission mit ihrer Präsidentin, Jeanne Locher, ganz herzlich für den kritischen, aber sehr sachlichen Bericht, den sie zuhänden von Ihnen und uns allen erstellt hat.

://: Vom Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Neue Gemeindeordnung / Einführung des Einwohnerrates

Gemeindepräsident W. Banga: Ich werde das Traktandum so gliedern, dass zuerst die Voten von Gemeinderat und Gemeindekommission erfolgen, anschliessend gibt es eine Eintretensdebatte und wenn dort Eintreten beschlossen wird, dann gibt es eine Detailberatung der Gemeindeordnung. Und, wie immer, bei den Beratungen Eintretensdebatte und Detailberatung, haben Sie Gelegenheit, sich zum Wort zu melden. Ich möchte noch erwähnen, dass Herr Lian, Hauswart des Kuspos, - wenn Sie es wünschen - mit einem mobilen Mikrophon zu Ihnen kommen wird. Wer sich gerade in der Nähe eines Standmikrophons befindet, kann natürlich dieses benutzen. Herr Lian wird wachsam sein, dass er Ihnen zu Diensten stehen kann. Ich gebe Ihnen einige Erläuterungen zum Antrag des Gemeinderats, den sie in der grossen Fassung zur Verfügung haben. Am 15. März 2005 ist der Antrag gemäss § 68 von Daniel Altermatt als erheblich erklärt worden. Der Gemeinderat hat sich anschliessend an die Arbeit gemacht und hat sich bei dieser Arbeit zu einer Totalrevision entschlossen. Es sind nämlich weitere Änderungen aus übergeordneten Gesetzen, zum Beispiel Bildungsgesetz oder Sozialhilfegesetz, dazu gekommen, und der Gemeinderat fand, wenn schon eine Revision der Gemeindeordnung gemacht wird, dann baut man das gerade ein. Auf Anraten der Fachleute der Verwaltung hat sich der Gemeinderat für eine schlanke Gemeindeordnung entschieden. Wir hatten schon vorher eine schlanke Gemeindeordnung und Ausführungsbestimmungen dazu. Das hat sich bewährt. Sie wissen, eine Gemeindeordnung braucht jeweils einen grossen „Zirkus“, um sie neu zu fassen. Es braucht die Gemeindeversammlung und nachher eine Volksabstimmung, die ebenfalls wieder einen grossen Aufwand verursacht. Der Grund der Befürworter für die Einführung ist die grosse Zahl der Stimmberechtigten in Münchenstein, rund 8'000 an der Zahl. Man erhofft sich von einem Einwohnerrat berechenbarere Entscheide und man erhofft sich eine verstärkte Kontrolle des Gemeinderats und der Verwaltung. Zugleich wird auch immer gesagt, dass in der Arbeit eines Einwohnerrates mehr Professionalität liege. Was hat der oder die Stimmberechtigte nach der Einführung des Einwohnerrates noch für Möglichkeiten? Dazu gibt es - wie bis jetzt - das obligatorische Referendum, es gibt das fakultative Referendum oder - wie es in der Vorlage steht - jede Bürgerin und jeder Bürger kann sich in den Einwohnerrat wählen lassen und dort mitwirken. Es gibt, besonders für die Gemeinde Münchenstein, eine Schattenseite: Die Einführung oder das Schaffen eines Einwohnerrates wird zusätzliche Kosten von 100'000 bis 200'000 Franken verursachen, wie die Erfahrungen von Einwohnerratsgemeinden zeigen. Die übrigen Revisionspunkte sind: Der Name des Schulrats wird gemäss neuem Bildungsgesetz angepasst, bis jetzt hiess es Schulpflege, die Sozialhilfebehörde, die vorher Fürsorgebehörde hiess, heisst nach dem neuen Sozialhilfegesetz Sozialhilfebehörde, und die Neuorganisation Wahlbüro wurde berücksichtigt. Der zeitliche Ablauf, der für die Einführung des Einwohnerrates respektive der neuen Gemeindeordnung geplant ist: Wenn die Versammlung heute der neuen Gemeindeordnung und der Einführung des Einwohnerrates zustimmt, dann findet die Volksabstimmung im Herbst 2006 statt. Der Arbeitsbeginn des neuen Einwohnerrates wäre auf Beginn der neuen Amtsperiode auf 1. Juli 2008 vorgesehen. Falls es heute keine Zustimmung gibt, dann ist das Geschäft erledigt, dann gibt es auch keine Volksabstimmung. Ich erlaube mir noch eine besondere Bemerkung: Die Einführung des Einwohnerrates, also der Antrag, wurde im Gemeinderat nicht einstimmig befürwortet. Die unterlegenen Mitglieder des Gemeinderats haben dem Gremium bekannt gegeben, dass sie an der heutigen Abstimmung ihre persönliche Meinung kundtun werden. Es besteht eine ungeschriebene Regelung, die sagt, dass es beim Kollegialsystem so gehandhabt wird. Die, die unterlegen sind und jetzt eigene persönliche

Stimmabgabe nach ihrem Willen machen wollen, die können das; es wurde dem Gemeinderat gemeldet. Das wären die Ergänzungen von mir als Departementschef. Nun hat von der Gemeindekommission Danuta Janiak das Wort.

Danuta Janiak: Guten Abend, sehr verehrte Anwesende. In der Gemeindekommission wurde das Geschäft sehr kontrovers diskutiert. Eigentlich wurde ihm mit 6 zu 2 Stimmen zugestimmt. Sie merken, hier fehlen noch einige Mitglieder. Fünf haben sich der Stimme enthalten. Was von allen Seiten etwas bemängelt wurde, war, dass das Geschäft unter einem grossen Zeitdruck läuft. Alle Parteien hätten sich eigentlich mehr Zeit gewünscht.

Daniel Altermatt bedankt sich, dass er schon an so prominenter Stelle sprechen darf. Ich möchte bei der kurzen Durchsicht auf die Befürchtungen eingehen, die direkte Demokratie werde mit der Einführung des Einwohnerrates quasi vom Tisch gewischt. Ich möchte Ihnen zeigen, dass das, was man Ihnen bis jetzt sagte, es würde sich ändern, relativ unvollständig ist. Ich möchte das anhand des kantonalen Gemeindegesetzes machen, also nach den Vorgaben, die die Gemeinden vom Kanton haben, und ich möchte Ihnen zeigen, was für uns Stimmberechtigte, für den Souverän von Münchenstein, die Unterschiede in den Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten sein werden, quasi vorher/nachher oder entweder/oder. Im Gemeindegesetz sind unter anderem die beiden Organisationsformen der Einwohnergemeinden definiert. [Folie] Ich hoffe, dass Sie den Text von Weitem lesen können. Sie sehen, dass die so genannte ordentliche Gemeindeorganisation, also diejenige mit der Gemeindeversammlung, die wir jetzt haben, in gut 60 Paragraphen beschrieben ist, die ausserordentliche, die mit dem Einwohnerrat, nur in etwa zwanzig. Das soll nicht dazu verleiten, dass die ausserordentliche eine unordentliche ist, sondern das hat damit zu tun, dass sehr viele Artikel einfach auf die andern Artikel verweisen und sinngemäss dasselbe sagen. Wir haben heute, wie Sie wissen, eine Gemeindeversammlung und neben der Gemeindeversammlung die Gemeindekommission, die theoretisch die Vorlagen für uns vorbereiten und uns Antrag stellen sollte, wie wir mit den Vorlagen, die uns der Gemeinderat präsentiert, umgehen sollten. Sie haben heute Abend ein relativ kurzes Votum zu diesem Thema gehört. Das hat mich etwas überrascht, muss ich sagen. Wenn wir zur ausserordentlichen Gemeindeorganisation übergehen, dann haben wir den Einwohnerrat. Und die Kompetenzen des Einwohnerrates - das werden wir im Folgenden dann noch ganz klar sehen - sind wesentlich kleiner als die Kompetenzen der Gemeindeversammlung. Deshalb habe ich hier das Grösser-gleich-Zeichen gegen die Gemeindeversammlung hin gemacht. Was sich überhaupt nicht ändert, ist, dass der Souverän immer noch sämtliche Stimmbürger umfasst, also hüben wie drüben: Urnenabstimmungen finden genau gleich statt. Nun zu den Mitteln der direkten Demokratie. Die direkte Demokratie beschränkt sich ja nicht auf das Mitreden an der Gemeindeversammlung sondern dazu gehören auch alle Möglichkeiten auf schriftlichem Weg. Also zum Beispiel das obligatorische Referendum. Das heisst, Beschlüsse, die gemäss Gesetz vors Volk müssen, gehen immer vors Volk. Im Falle der Gemeindeversammlungsbestimmungen gibt es eine abschliessende Aufzählung im Gemeindegesetz, welche Beschlüsse obligatorisch dem Referendum unterstellt werden müssen. Zum Beispiel das, was wir heute Abend beschliessen, nämlich eine Änderung der Gemeindeordnung. Beim Einwohnerrat kann in der Gemeindeordnung die Liste im Prinzip beliebig verlängert werden. In der Vorlage, die heute zur Diskussion steht, hat der Gemeinderat das gemacht. Er hat ein paar Finanzbestimmungen zusätzlich hinein genommen, also dem obligatorischen Referendum unterstellt. Neben dem obligatorischen Referendum gibt es auch das fakultative Referendum. Hier ist im Gemeindegesetz auch klar definiert, unter welchen Umständen es zustande kommen kann. Man kann nicht gegen alles das Referendum ergreifen, aber gegen sehr vieles. Wiederum: Wenn eine Gemeindeversammlung besteht und einen positiven Beschluss fällt - also es wird etwas beschlossen - dann kann man im Rahmen des Gesetzes das Referendum dagegen ergreifen. Das heisst, man muss 10 % von allen Stimmberechtigten, aber mindestens 500 Unterschriften sammeln, und dann kommt es zu einer Volksabstimmung. Im Falle des Einwohnerrates erlaubt das Gesetz hier eine Verbesserung. Im Gesetz steht, man könne in der Gemeindeordnung definieren, dass das Quorum, also die Anzahl Stimmen/Unterschriften, die man braucht, bis auf 3 % der Stimmberechtigten heruntergesetzt werden kann. In Münchenstein wären das dann ungefähr 240, also ungefähr die Hälfte von dem, was man heute braucht. Das heisst, es ist im Falle eines Einwohnerrates - wenn man es in der Gemeindeordnung entsprechend berücksichtigt - einfacher, ein Referendum zu ergreifen. Dann kommt noch ein kleiner Knaller: Es ist - speziell für den Einwohnerrat selber - unter Umständen ein Problem, dass es nämlich noch ein Behördenreferendum gibt. Das heisst, wenn im Einwohnerrat eine Abstimmung relativ knapp durchgeht, kann die unterlegene Minderheit, wenn sie mindestens ein Drittel der anwesenden Einwohnerräte umfasst, auf dem Platz, also quasi noch im Affekt, das Referendum ergreifen. Diese Bestimmung sorgt dafür, dass der Einwohnerrat praktisch keine KampfAbstimmungen machen

kann. Der Einwohnerrat ist, wenn er funktionieren will, gezwungen, die Geschäfte so lange aus-zudiskutieren, bis die grosse Mehrheit dafür ist. Also Zufallsabstimmungen gibt es dort praktisch keine, schon allein nur wegen dieser Bestimmung. Der nächste Punkt, der uns interessiert, ist natürlich: Wie können wir unsere Ideen einbringen? Das Referendum bedeutet ja nur „Nein sagen“. Jetzt, wie können wir „Ja sagen“. Unter dem Regime der Gemeindeversammlung sieht das Gesetz vor, dass man das praktisch nur an der Gemeindeversammlung selber machen kann. Es gibt eine einzige Ausnahme. Statt eines Antrags nach § 68 zur Änderung der Gemein-deordnung einzureichen, hätte ich auch 500 Unterschriften sammeln und verlangen können, dass man das einführt. Dann wäre es automatisch zu einer Volksabstimmung gekommen, ganz egal, was heute Abend diskutiert wird. Das ist aber die einzige Initiative, die man ergreifen kann, wenn es eine Gemeindeversammlung hat; es gibt keine andere. Also doch, es gibt noch eine, man kann eine Bürgergemeinde einführen, aber das haben wir ja bereits. Für uns gäbe es also nur die. Im Falle des Einwohnerrates kann man grundsätzlich zu allen Themen, die in der Befugnis des Einwohnerrates liegen, eine Initiative ergreifen. Sie haben im Prinzip die Möglichkeit, zu jedem Thema, das der Einwohnerrat behandelt, oder zu jedem Thema, das wir sonst hier diskutieren würden, eine Initiative zu machen und zu verlangen, dass hier etwas geändert wird. Auch hier erlaubt das Gesetz wieder, dass man in der Gemeindeordnung das Quorum bis auf 3 %, das heisst, für Münchenstein wieder bis auf 240 Unterschriften, herunterholt, damit es etwas einfacher ist. Jetzt als Letztes noch, und das ist für mich als Einzelmaske - ich bin ja nicht in einer Partei und hätte auch mit 240 Unterschriften relativ Mühe - einer der wichtigsten Punkte: Was passiert mit den Anträgen nach § 68? Sie wissen, wie das bei uns funktioniert. Am Schluss der Gemeindeversammlung kann ich - wenn ich eine Idee habe, die im Rahmen der Befugnisse der Gemeindeversammlung liegt - kommen und sie dem Gemeinderat einreichen. Wenn ich Glück habe, ist der Gemeinderat auch der Ansicht, dass es sich um etwas handelt, das in der Beschlussfassung der Gemeindeversammlung liegt, und er nimmt es entgegen und bringt es vielleicht in einer der nächsten Versammlungen zur Erheblicherklärung respektive Abschreibung. Wenn es erheblich erklärt wurde, dann sind wir da, wo wir heute stehen, dann kommt eine Vorlage und wir diskutieren es noch einmal. Es ist ein relativ langer, mühsamer Weg und für jemanden, der das alleine durchziehen will, ein Riesenaufwand. Wenn wir den Einwohnerrat haben, dann gibt es die so genannte Einzelinitiative. Das ist das Gegenstück zum § 68. Bei der Einzelinitiative können Sie wiederum zu jedem Thema, bei dem der Einwohnerrat zuständig ist, dem Einwohnerrat einen Brief schreiben und sagen, Einwohnerrat, ich will, dass in dieser Richtung dies und das geändert wird. Der Einwohnerrat ist gezwungen, die Einzelinitia-tive an einer öffentlichen Sitzung zu diskutieren, und er muss begründen, wenn er sie ablehnt. Oder er kann sie übernehmen, abändern, eigene Anträge daraus machen, aber er *muss* sie be-handeln. Es ist auch klar, dass der Einwohnerrat, der ja unsere, also auch meine, Vertretung ist, ein Interesse daran hat, Ideen aus dem Souverän aufzunehmen. Denn wenn er zu viel zurück-schickt, wird er nachher nicht mehr gewählt, währenddem der Gemeinderat natürlich generell eher ein Interesse hat, nicht allzu viele zusätzliche Aufgaben zu bekommen. Das ist verständ-lich, das ginge mir genau gleich. Zusammenfassend - und das ist der Punkt, der für mich per-sönlich den Ausschlag gegeben hat, mich wirklich für diesen Einwohnerrat einzusetzen - habe ich den Eindruck, dass für uns Einzelne mit dem Einwohnerratsystem letztlich mehr Mitbestim-mungsrecht besteht, als jetzt. Das heisst, wir haben vor allem Mitbestimmungsrechte, die durchführbarer sind, als jetzt, bei denen man auch eher das Ziel sieht und bei denen man auch eher eine vernünftige Rückmeldung bekommt. Und das ist eigentlich der Grund, weshalb ich Ihnen heute Abend ganz dringend ans Herz lege, einzutreten, grundsätzlich Ja zu stimmen und die Vorlage zur Volksabstimmung zu bringen. Danke.

Gemeindepräsident W. Banga: Wir machen weiter mit der Eintretensdebatte.

Klaus Droz: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Die Freisinnige Partei empfiehlt Ihnen Zustimmung zur neuen Gemeindeorganisation. Wir haben den Beschluss sozusagen mit einem lachenden und einem weinenden Auge gefasst. Ich meine damit, es hat eine ganz respektable Minderheit unserer Parteiversammlung die Auffassung vertreten, man solle bei der heutigen Ordnung bleiben. Aber die Mehrheit hat sich dann doch von den Argumenten der Befürworter überzeugen lassen, und diese Mehrheit vertrete ich nun hier. Einwohnerrat und Gemeindever-sammlung sind ja beides verschiedene Formen der Legislative. An eine Legislative stellt man bestimmte Anforderungen. Unter anderem sollte sie repräsentativ sein, das heisst, repräsentativ für die Gesamtheit der Stimmberechtigten, sie sollte über einen gewissen Zeitraum hinweg eine erkennbare politische Richtung einhalten und nicht „hüsch-und-hott“ Hin und Her schwanken und sie sollte die Möglichkeiten haben, die Geschäfte gründlich zu beraten. Nun, welche der beiden Formen erfüllt diese Anforderungen besser? Sie wissen alle, wie eine Gemeindever-sammlung zusammengesetzt ist. Zum grössten Teil zufällig. Es gibt einen harten Kern von

Leuten, die meistens oder immer kommen, dann solche, die hin und wieder kommen, und dann gibt es noch die Betroffenen, das sind Leute, die von einem bestimmten Geschäft speziell betroffen sind. Das können zum Beispiel Sportvereine sein, wenn es um einen Sportplatz geht, es kann die Feuerwehr sein, wenn es um ein Auto geht, es sind Hundebesitzer, wenn es ums Hundereglement geht, oder es sind Leute, die in einem bestimmten Quartier wohnen, in dem etwas passiert. Ein typisches Beispiel hatten wir ja vor kurzem mit der Internationalen Schule, die an einem solchen typischen Beispiel von Betroffenheitsdemokratie gescheitert ist. Die Leute kommen für ein Geschäft, sie kommen in relativ grossen Massen, befürworten je nachdem das Geschäft oder bodigen es, und wenn es behandelt ist, dann gehen sie und kommen nie mehr oder erst wieder, wenn sie das nächste Mal wieder betroffen sind. Im Gesamten sind wir etwa zwei bis vier Prozent, heute sind wir einiges mehr, ich schätze, wahrscheinlich rund gegen sechs Prozent der Stimmberechtigten. Aber auf jeden Fall sind wir nicht repräsentativ für die Gesamtheit der Stimmberechtigten, eben wegen dieser Betroffenheitsdemokratie und dem relativ kleinen harten Kern, der immer kommt. Und wir können hier auch keine klare politische Linie einhalten, eben, weil wir immer wieder anders zusammengesetzt sind. Anders beim Einwohnererrat. Er wird im Proporz von der Gesamtheit der Stimmberechtigten gewählt, und wir hatten zum Beispiel im Jahr 2004 bei der Wahl der Gemeindekommission eine Stimmbeteiligung von 49,53 %, das heisst also, der Einwohnerrat wird dann wirklich repräsentativ. Er ist auch über vier Jahre konstant zusammengesetzt, nach Parteien, vielleicht nicht nach Personen, denn es gibt ja immer personelle Wechsel. Politisch gesehen spielt das jedoch keine Rolle, wenn die Zusammensetzung nach Parteien vier Jahre konstant ist. Die Leute sind auch in einem gewissen Sinne haftbar für das, was sie machen. Sie sind greifbar, bekannt, sie haben alles Interesse, eine vernünftige politische Linie einzuhalten. Es findet auch der interparteiliche Dialog statt, also Gespräche zwischen den Parteien, schon bevor Beschlüsse gefasst werden. Das heisst also, der Einwohnerrat ist ganz klar repräsentativer als die Gemeindeversammlung. Und es ist auch ganz klar, dass er viel eher eine klare politische Linie einhalten kann. Zu den Beratungen: Eine Legislative sollte ja ihre Geschäfte gründlich beraten. Können wir das hier in der Gemeindeversammlung? Nein, das können wir nicht. Sie wissen alle aus Erfahrung, man kann noch ein bisschen etwas ändern, man kann vielleicht ein Geschäft ganz zurückweisen, was sehr selten ist, aber eine eigentliche Beratung eines Geschäfts ist hier nicht möglich. Ganz anders im Einwohnerrat: Sobald ein Geschäft ein bisschen anspruchsvoll ist, weist man es an eine Kommission. Die Kommission setzt sich wieder aus Angehörigen aller Parteien zusammen, es findet also der interparteiliche Dialog statt. Die Kommission kann auch Experten einladen, sie kann Chefbeamte der Gemeinde einladen, sie kann auch einmal mit einem Chefbeamten des Kantons Fühlung aufnehmen, selbstverständlich mit den Gemeinderäten oder es kann auch einmal sein, dass man sogar einen Regierungsrat um seine Meinung anfragt. Der Einwohnerrat hat viel mehr Möglichkeiten, ein Geschäft gründlich zu beraten. Und wenn ein Geschäft speziell kompliziert ist, kann man es auch auf ein paar Sitzungen verteilen. Noch ein Wort zu einer Erscheinung, die hie und da stattfindet, den Überraschungsanträgen. Es kann hier jemand mit einem Antrag kommen, von dem kein Mensch etwas weiss. Er bringt ihn, vielleicht bringt er ihn ein bisschen geschickt, und ein paar Leute finden, der hat jetzt eigentlich noch Recht. Es wird abgestimmt, der Antrag kommt durch, und später gibt es dann vielleicht ein böses Erwachen und man muss sagen, was um Himmels Willen hat man für eine Kurzschlusshandlung gemacht, was für einen „Blödsinn“ beschlossen. Nur weil das nicht vorbesprochen war. Im Einwohnerrat kommen solche Überraschungsanträge nicht vor, weil ja alles in den Fraktionen und in den Kommissionen vorbesprochen ist. Wenn doch einmal jemand mit einem solchen Antrag käme, würde er sich erstens in seiner Fraktion recht unbeliebt machen, weil man es nicht gerne sieht, wenn etwas nicht vorbesprochen ist, und man hätte zweitens immer noch die Möglichkeit, zu sagen, stopp, wir machen zehn Minuten Pause. Und dann wird in dieser Pause besprochen, was man mit dem Überraschungsantrag machen will, und man kann ihn in vernünftige Bahnen lenken. So viel zum Verhältnis Gemeindeversammlung/Einwohnerrat. Ich fasse zusammen: Der Einwohnerrat erfüllt die Anforderungen, die man an eine Legislative stellen muss, ganz klar besser. Jetzt noch zum Hauptargument der Gegner, die direkte Demokratie gehe verloren. Vordergründig ist das natürlich richtig. Wir können nicht mehr hierher kommen und einfach reden und alle müssen zuhören. Wenn man es aber genauer betrachtet, ist es weitgehend falsch. Auch wenn man nicht in den Einwohnerrat gewählt ist, hat man noch sehr viele Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen. Erstens einmal kann man in eine Partei eintreten. Ich begreife überhaupt nicht, weshalb etwa 7'000 oder mehr Stimmberechtigte nicht in einer Partei sind. Sie nehmen sich damit selber die Möglichkeit, auf die Politik Einfluss zu nehmen. Wenn wir den Einwohnerrat haben, treten Sie einfach alle in die Parteien ein, dann können Sie Einfluss zu nehmen. Dann können Sie mit Ihrer Fraktion sprechen und kommen vielleicht mit Ihrem Geschäft ans Ziel. Wenn man das aus irgendeinem Grund nicht will, dann kennt man doch wahrscheinlich

einen der dreissig Gewählten und kann den anrufen und sagen, er solle dieses und jenes machen. Ich garantiere Ihnen, jeder Einwohnerrat ist froh, wenn Leute aus der Bevölkerung auf ihn zugehen und ihm Anregungen geben. Und wenn man keinen persönlich kennt, kann man ihnen ruhig telefonieren oder schreiben. Einwohnerräte sind in einem gewissen Sinne öffentliche Personen und nehmen selbstverständlich sehr gerne Anregungen aus der Bevölkerung entgegen. Dann kann man natürlich auch noch Leserbriefe ins Wochenblatt oder irgendeine andere Zeitung schreiben. Jetzt käme ich noch zu den gesetzlichen Möglichkeiten, doch die hat Herr Altermatt erschöpfend behandelt, auf sie muss ich nicht mehr eingehen. Ich würde Ihnen sehr empfehlen, besorgen Sie sich das Gemeindegesetz, der Kanton gibt es Ihnen gratis ab, sie können es auch vom Internet herunterladen. Ich möchte vor allem auf § 124 hinweisen. Das ist nun wirklich der Hammer: Jeder einzelne hat die Möglichkeit, an den Einwohnerrat zu gelangen. Und der Einwohnerrat wird sich hüten, mit solchen Anträgen licherlich umzugehen, eben weil er in der Öffentlichkeit steht und in der Verantwortung. Ich komme zum Schluss. Die Freisinnige Partei möchte nicht die altehrwürdige Institution der direkten Demokratie, wie sie die Gemeindeversammlung darstellt, irgendwie in den Dreck ziehen oder lächerlich machen. Das ganz und gar nicht. Wir möchten auch nicht den Einwohnerrat in den Himmel heben. Er ist eine menschliche Institution, wie irgendeine andere auch, mit ihren Schwächen, aber auch mit ihren gewaltigen Vorteilen. Wenn man das gegeneinander abwägt, sind wir halt doch zum Schluss gekommen, das Bessere ist der Feind des Guten und deshalb empfehlen wir Ihnen Zustimmung zu der neuen Gemeindeordnung.

Gemeindepräsident W. Banga: Bevor wir mit der Diskussion weitermachen, muss ich eine Zwischenabklärung durchführen. Heiner Leuthardt, Journalist, hat mich angefragt, ob er während der Debatte ein Foto machen darf. Dazu sind Sie zuständig. Haben Sie etwas dagegen, dass Herr Leuthardt oder andere Journalisten ein Foto machen? Das ist nicht der Fall, also Herr Leuthardt: ganz dosiert. Wir gehen weiter in der Diskussion.

Urs Abt: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir befinden uns in der Eintretensdebatte. Die SVP Münchenstein hat ganz klar beschlossen, auf das Geschäft einzutreten. Dankeschön.

Jürg Buser: Geschätzte Damen und Herren, ich vertrete die Mehrheit der Meinung der CVP Münchenstein. An der letzten Parteiversammlung hat man Pro und Contra ausgiebig und ausführlich diskutiert. Argumente, wie ein funktionierender Einwohnerrat bringt Kontinuität in die Gemeindepolitik, da die Mitglieder für vier Jahre gewählt sind, dass der Einwohnerrat sich von Amtes wegen intensiv mit den Geschäften der Gemeindeverwaltung und des Gemeinderats auseinandersetzt, oder die Parteien mehr Gewicht bekommen und das Geschehen so besser steuern können, sind in der Abstimmung den Argumenten gegen die Einführung des Einwohnerrates unterlegen. Die Argumente gegen diese Einführung des Einwohnerrates sind - wie es schon erwähnt worden ist -, dass die direkte Demokratie eigentlich in dem Sinne „abgeschafft“ wird, dass man nicht mehr vor die Versammlung treten kann und die Leute zuhören müssen. Die Einwohner von Münchenstein, die keiner Partei angehören, werden so praktisch vom politischen Geschehen ausgeschlossen, falsche Beschlüsse, die vom Einwohnerrat gefasst wurden, müssen nachträglich durch ein Referendum korrigiert werden, was wiederum Zeit und Geld kostet, es wird befürchtet, dass man mit der Einführung des Einwohnerrates noch weniger am politischen Geschehen teilnimmt. Zudem bringt die Einführung des Einwohnerrates Mehrkosten gegenüber heute von schätzungsweise 200'000 Franken, die man bei der heutigen Finanzlage von Münchenstein auch wieder irgendwie gegenfinanzieren muss. Ausserdem hat Münchenstein bereits Erfahrungen mit dem Einwohnerrat: Es hat nämlich zwischen 1972 und 1980 bereits einen Einwohnerrat gegeben, der dann wieder abgeschafft wurde. Es wird allgemein anerkannt, dass es in der Sache, zumindest in der Theorie, triftige Argumente für beide Varianten gibt. Am Schluss aber sind die Argumente für die Einführung eines Einwohnerrates den Argumenten dagegen unterlegen. Ich bitte Sie daher, gegen eine Einführung des Einwohnerrates zu stimmen.

Gemeindepräsident W. Banga: Gibt es weitere Wortbegehren?

Silvio Tondi: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Gemeinderatsmitglieder, liebe Einwohnerinnen und Einwohner: Ich bedanke mich im Namen der SP Münchenstein für die Möglichkeit, Ihnen heute Abend unsere Meinung für die Einführung eines Einwohnerrates in Münchenstein darlegen zu dürfen. Entgegen dessen, was man vielleicht annehmen könnte oder auch aus den Medien entnommen worden ist, ist es nicht so, dass die SP Münchenstein sich grundsätzlich gegen die Gemeindeversammlung wehren würde oder das Gefühl hätte, es sei keine gute Institution. Im Gegenteil. Wir anerkennen die Gemeindeversammlung als sehr gute demokratische Institution, eine Institution, die wir viele Jahre unterstützt und voll mitgetragen haben und

das wir auch weiterhin tun werden, falls die Einwohnerinnen und Einwohner von Münchenstein - und damit meine ich eben nicht nur die Personen, die heute Abend hier anwesend sind, sondern alle Leute in Münchenstein sollen die Möglichkeit haben, über ein so wichtiges Geschäft abzustimmen - der Meinung sind, dass die Gemeindeversammlung aufrecht erhalten bleiben soll. Dann steht selbstverständlich auch die SP voll hinter dieser Gemeindeversammlung. Als zukunftsgerichtete Partei erlauben wir uns aber trotzdem, von Zeit zu Zeit zu fragen, ob die demokratischen Instrumente, die wir anwenden, nach wie vor die besten sind. Was die Gemeindeversammlung anbelangt, sind wir nach eingehender interner Diskussion zum Schluss gekommen, dass sie heute den Anforderungen einer modernen, fortschrittlichen und dynamischen Gemeinde, wie wir uns Münchenstein wünschen und vorstellen, nicht mehr ausreichend gerecht wird. Lassen Sie mich an zwei Beispielen begründen, weshalb wir das so sehen, ohne all die restlichen Argumente, die in den Medien vorgekommen sind und die wir heute Abend schon gehört haben, noch einmal im Detail aufzuzählen. Unbestritten scheint uns als erstes, dass es für Gemeindeversammlungen eine kritische Grösse gibt. Das zeigt sich auch darin, dass sich in den vergangenen Jahren nicht nur viele Kantone von der Landsgemeinde verabschiedet haben - was unbestrittenermassen ein schwerer Schritt ist - sondern auch immer mehr vermeintlich kleinere Gemeinden von der Gemeindeversammlung Abschied nehmen. Denken Sie zum Beispiel an Ihr eigenes Umfeld, im Beruf, in den Vereinen. Insbesondere was die Arbeit in den Vereinsvorständen anbelangt: Sie wird immer anspruchsvoller. Man muss professioneller werden, man muss die Geschäfte intensiver behandeln. Denken Sie aber auch an Ihr Privatleben. Es gibt kaum noch Lebensbereiche, in denen es nicht vordringlich ist, sich optimal zu organisieren, um effizient handeln zu können. Und genau hier glauben wir, heute im Instrument der Gemeindeversammlung gegenüber dem Einwohnerrat einen gravierenden Nachteil auszumachen. Ein Einwohnerrat trifft sich in der Regel mindestens doppelt bis drei Mal so häufig, wie die Gemeindeversammlungen. Okay, mehr Quantität heisst nicht automatisch mehr Qualität, einverstanden. Doch Sie werden mir beipflichten, dass, wenn man mehr miteinander redet, sich das auch positiv auf das Ergebnis auswirkt. Um auf die immer komplexer werdenden Aufgaben der öffentlichen Hand Einfluss zu nehmen und die Geschicke der Gemeinde steuern zu können, glauben wir deshalb, dass ein Parlament heute für Münchenstein die klar bessere Variante darstellt. Selbstverständlich ist das nicht alles gratis zu haben. Und damit wäre ich bei meinem zweiten wichtigen Punkt angelangt. Eines der meistgenannten Argumente gegen die Einführung eines Einwohnerrats sind nämlich die Finanzen, und insbesondere die Mehrkosten, die auf die Gemeinde zukämen. Wir bestreiten nicht, dass der Einwohnerrat uns etwas kosten wird. Selbstverständlich. Doch stellt sich umgekehrt auch die Frage, ob und was sich anschliessend allenfalls durch den Einwohnerrat einsparen lässt. Wenn wir heute auf die Finanzlage und insbesondere auf den Steuerfuss von Münchenstein blicken, so stellen wir fest, dass er *nicht* mit einem Einwohnerrat dort angekommen ist, wo er ist, sondern mit einer Gemeindeversammlung. Insofern tönen diese Argumente der Einwohnerratsgegner, die ein finanzielles Desaster an die Wand malen, wenig glaubwürdig und überzeugend. Entgegen den Skeptikerinnen und Skeptikern sind wir der Meinung, dass sich die Finanzen mit einem Einwohnerrat auf keinen Fall schlechter sondern tendenziell besser entwickeln werden. Entsprechende Argumente haben wir heute Abend schon gehört. Insbesondere weil es Partikularinteressen, die ein Geschäft abschmettern oder eben durchsetzen können, gibt. Ich bringe ein Beispiel einer Nachbargemeinde, das zwar vielleicht nicht ganz repräsentativ ist: In Reinach, vielleicht haben sie es den Medien entnehmen können, will man ein Kunstrasenfeld einrichten. Die Finanzlage von Reinach ist im Moment nicht blendend. Wenn es eine Gemeindeversammlung gegeben hätte, wäre das Geschäft mir nichts dir nichts genehmigt worden, weil der FC entsprechend Leute hätte mobilisieren können. Damit ist nichts gegen ein Kunstrasenfeld gesagt, das soll Platz haben, man soll es diskutieren können. Aber solche Sachen zeigen, dass eben eine Gemeindeversammlung keine Garantie gibt, dass die Finanzen besser im Griff behalten werden können. Im Moment möchte ich nichts weiter anfügen, ausser der Bitte, der Änderung der Gemeindeordnung, einschliesslich der Einführung eines Einwohnerrates zuzustimmen, sie insbesondere auch vors Volk zu bringen, damit die Einwohnerinnen und Einwohner von Münchenstein alle darüber entscheiden können. Das werden Ihnen einige Leute danken, die heute Abend leider nicht anwesend sein können, weil sie vielleicht arbeiten oder weil die Partnerinnen/Partner zu den Kindern schauen müssen. Insofern ist es sehr wichtig, dass wir wenigstens alle miteinander darüber abstimmen dürfen.

Paul Messmer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bitte Sie schon am Anfang - wir befinden uns ja in der Eintretensdebatte - Nichteintreten zu beschliessen und damit die Diskussion um die Details abzukürzen. Für die Damen und Herren, die es nicht miterlebt haben: Wir haben in Münchenstein Erfahrung mit einem Einwohnerrat. Wir hatten acht

Jahre einen Einwohnerrat und haben erlebt, wie er zuerst sich selber beschäftigt hat, mit persönlichen Vorstössen und, und, und. Dann hat er aber vor allem die Gemeindeverwaltung beschäftigt, und zwar ganz enorm, und er hat den Gemeinderat sehr beschäftigt und ihn nachgerade davon abgehalten, seine eigentliche Aufgabe, nämlich die Führung der Gemeinde, wahrzunehmen. Ein Einwohnerrat ist also eine Beschäftigungsmaschine, aus der viel Papier resultiert, aber für die Sache, für die Führung der Gemeinde, nützt ein Einwohnerrat sicher nicht mehr, als eine Gemeindeversammlung. Die schlimmste unserer Erfahrungen war, dass wir von den wesentlichen Beschlüssen des Einwohnerrates die Hälfte via Volksabstimmung wieder rückgängig machen mussten. Wir haben also für die wesentlichen Beschlüsse, natürlich nicht Protokollgenehmigungen und ähnliches, Unterschriften sammeln müssen, wie man es jetzt auch wieder müsste, und eine Volksabstimmung durchführen lassen und dort wurden sie dann richtiggestellt. Und das ist natürlich ein unnötiger Leerlauf. Ich meine, wir sollten nicht auf unsere politischen Rechte verzichten, denn politische Rechte sind eben ein Recht und nicht unbedingt eine Pflicht. Und es ist jedem Münchensteiner Stimmbürger freigestellt, an die Gemeindeversammlung zu kommen, wenn es ihn interessiert, oder eben nicht zu kommen. Das ist sein Recht. Er hat aber nicht die Pflicht zu kommen. Dass das nicht unbedingt immer zu einer befriedigenden Mehrheit führt, ist nicht bestritten. Wenn von den Befürwortern des Einwohnerrates gesagt wird, die Gemeindeversammlungen könnten manipuliert werden ... ja, aber was ist manipuliert? Es muss eine Mehrheit der Stimmbürger an die Versammlung kommen und ihrem Willen Ausdruck geben. Das ist eben das politische Recht, das die Leute haben. Wenn nun eine Mehrheit der Versammlung ein Feuerwehrauto, den Kunstrasen, das Kuspo oder die Grün 80 will, das waren alles solche Beschlüsse, die man „durchdrücken“ musste, dann ist das der Wille dieser Mehrheit und den sollte man nicht missachten. Ich habe Ihnen gesagt, der Gemeinderat würde durch den Einwohnerrat beschäftigt im wahrsten Sinne des Wortes. Wenn der Gemeinderat in einer Gemeinde gut ist, dann ist der Einwohnerrat unnötig. Wenn der Gemeinderat in einer Gemeinde schlecht ist, dann ist der Einwohnerrat hilflos. Also glauben Sie ja nicht daran, dass wir mit einem Einwohnerrat alles, was wir im Moment im Einzelnen finden, es sei nicht so „toll“, im Lot hätten. Das wird daran gar nichts ändern. Ich empfehle Ihnen deshalb dringend, Nichteintreten zu beschliessen, Ihre politischen Rechte zu behalten und hoffe, dass Sie wieder möglichst viel an die Gemeindeversammlungen kommen. Was zu den Kosten gesagt wurde: die 200'000 Franken, die der Gemeinderat erwähnt, sind weit, weit von dem, was wir schon einmal erlebt haben, entfernt. Damals war alles noch ein bisschen billiger, aber trotzdem war es schon wesentlich mehr. Es sind nicht nur die Sitzungsgelder der Einwohnerräte und der Kommissionen und der eingeladenen Fachkommissionen. Es braucht einen Sekretär bei der Gemeindeverwaltung und die Gemeindeverwaltung müsste noch einmal aufgebläht werden. Ich sage ganz bewusst „noch einmal“; für mich ist sie jetzt schon gross genug. Aber das muss man nicht unbedingt mit einem Einwohnerrat erzwingen. Also lehnen Sie bitte Eintreten ab.

Gemeindepräsident W. Banga: Paul Messmer, hast du einen Antrag gestellt?

Paul Messmer: Ich habe einen Nichteintretensantrag wiederholt. Er wurde schon von jemandem gestellt, aber der guten Ordnung halber stelle ich Antrag auf Nichteintreten.

Dr. Arnold Amacher: Liebe Münchensteinerinnen und Münchensteiner, ich muss meine Ausführungen zerteilen. Ich werde Ihnen zuerst die Position der Grünen bekannt geben und dann muss ich doch noch zwei, drei Worte zur Ehrenrettung der Gemeindekommission sagen. So ganz schlank, wie das vorhin getönt hat, war es nicht. Das dann vielleicht als Antwort auf Herrn Altermatt. Die Grünen sind klar für Eintreten auf das Geschäft. Wir sind der Meinung, dass diese Frage - das ist bei der ISB ganz klar geworden - wieder einmal ernsthaft diskutiert werden muss. Wie es am Schluss dann heraus kommt, weiss man noch nicht ganz sicher. Sie haben nun alles gehört. Der Gemeinderat hat einige Leute, die dagegen sind - wahrscheinlich war es 4 zu 3. Die Gemeindekommission hatte ebenfalls einige Gegner. Die Stimmenthaltungen heissen nicht etwa, dass diese Leute sich nicht entscheiden wollten, das erläutere ich Ihnen nachher. Und wir haben auch in den Parteien gehört „grossmehrheitlich dagegen“ oder „grossmehrheitlich dafür“, das heisst, kleinemehrheitlich - das können auch nur zehn Leute sein - dagegen. Wir werden dann sehen, wie hier ausgemacht wird. Die Grünen sind also klar für Eintreten. Obwohl für kleinere Gruppierungen vielleicht ein paar Wermutstropfen dabei sind, sind wir der Meinung, dass die Qualität möglicherweise verbessert wird, das heisst, es wäre jedenfalls möglich, die Qualität der Legislativen-Arbeit zu verbessern. Ich habe persönlich oft erlebt, dass wir in den Gemeindekommissionssitzungen - und das habe ich hier auch schon gesagt - unter Zeitdruck gestanden sind. Wir konnten gewisse Geschäfte nicht ganz so beraten, wie wir es wollten. Der Gemeinderat ist immer ein bisschen stärker, weil er einen wesentlichen Informationsvorsprung hat. Der Wermutstropfen betrifft das „Personal“. Ich behaupte jedoch heute Abend,

wenn man sieht, wie zum Beispiel Wahlen stattfinden, wen ich alles kenne in den Gremien, in denen ich seit Jahren dabei bin: Es sind immer etwa die gleichen Leute und wir brauchen jetzt dann etwa doppelt so viele Leute. Es kann natürlich sein, dass sich Frauen und Männer für ein Gremium von dreissig, wo man auch ein bisschen mehr Zeit hat, als in einer ad hoc Versammlung, wie der Gemeindeversammlung, sich plötzlich eher motivieren lassen, in die Politik einzusteigen. Wenn es aber so ist, wie es heute ist, dann werden alle Parteien, und davon bin ich überzeugt, betrachten Sie die Wahllisten der Freisinnigen und der Grünen ... dann werden Sie über die letzten acht Jahre ganz viele bekannte Leute sehen, die immer wieder in Erscheinung treten. Und dann werden wir ein Problem haben, das die Qualität des Einwohnerrates nicht verbessern wird. Das zweite ist: Nicht nur für die Gemeinde steigen die Kosten. Auch für uns als kleine Partei werden die Kosten steigen. Es ist ganz klar, dass die Wahlkosten steigen werden, es wird wahrscheinlich eine andere Art von Wahlkultur geben. Das heisst, es werden auch für die kleinen Parteien die Kosten steigen, für die grossen natürlich auch. Auch die haben genau das gleiche Problem. Neben dem Qualitätsvorsprung, den wir sehen, gibt es noch einen weiteren Vorsprung. Die Gemeindekommission tagt bis jetzt so genannt geheim. Nur mit irgendwelchen Indiskretionen kann man noch durchblicken lassen, was alles verhandelt wurde. Der Einwohnerrat wird öffentlich tagen, das heisst, wir haben alle die Möglichkeit, auch gelegentlich Betroffenheitsdemokratie zu üben und den Damen und Herren ein bisschen genauer auf die Finger zu schauen, indem wir eben an die Sitzungen gehen, oder an eine gehen oder an zwei gehen oder an fünf gehen. Diese beiden Punkte haben uns bewogen, klar Eintreten zu beschliessen. Jetzt kommt der zweite Punkt - und ich sage das einfach, damit es hier deponiert ist - wir stellen Ihnen den Antrag auf Rückweisung. Die heutige Gemeindeversammlung ist ganz klar der Beweis, dass das System Gemeindeversammlung überfordert ist. Wir haben ein absolut wesentliches Geschäft, das nicht *ein* Geschäft ist - ich werde es Ihnen erläutern - es sind *zwei* Geschäfte, die in einer Liste von Beschlüssen, die wir fassen sollten, verpackt sind. Eigentlich hätte es heute Abend ein Traktandum geben müssen „Einführung des Einwohnerrates, Beschluss über eine neue Gemeindeordnung“. Erstens hätten wir zwei Beschlüsse, die zu fällen sind, erwartet, und nicht einen. Der eine lautet „wollen wird das“ und wenn wir es wollen „wollen wir die Gemeindeordnung, die uns der Gemeinderat vorlegt“, oder wollen wir Nuancen, die es in anderen Gemeinden mit einem Einwohnerrat gibt. Das ist der Grund, weshalb die Grünen heute Abend den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts stellen werden. Wenn die Rückweisung stattfindet, wir wollen keine Diskussion abklemmen, es ist gut, dass wir hier zusammengekommen sind ... wir sind der Meinung, das soll nicht heute Abend beschlossen werden, sondern an einer Gemeindeversammlung, an der ausschliesslich dieses Geschäft auf der Liste steht. Jetzt möchte ich noch auf die Gemeindekommission zu sprechen kommen. Ich bin seit längeren Jahren Mitglied dieser Gemeindekommission und bin im Moment Vizepräsident. Es war nicht einfach so, dass sechs dafür waren und zwei dagegen und der Rest wusste nicht, was er mit dem Geschäft machen soll. Sondern zuerst lief eine Diskussion über Rückweisung. Das Geschäft entging der Rückweisung knapp, es wurde - bei 13 Anwesenden von 15 - mit 5 Nein gegen 4 Ja und 4 Enthaltungen beschlossen. Sie sehen dort also wieder genau den gleichen Bruch, den wir heute Abend hier auch erleben werden. Die Begründung für meinen Rückweisungsantrag ist folgende: In der Fasnachtswoche hat die Kommission die Vorlage erhalten. Viele von uns waren in den Ferien. Wir haben am Montag die Arbeit wieder aufgenommen, hatten alle eine volle Arbeitswoche, eine Woche später dann eine Gemeindekommissionssitzung, wo wir all das hätten definitiv auf der Reihe haben müssen. Das ist so nicht leistbar und das ist der Grund, weshalb ich Rückweisung beantragt habe. Ich finde, das Geschäft ist zu wichtig, als das man es jetzt einfach so über den Tisch ziehen könnte. Dann noch zum Inhaltlichen. Ich - und vier andere auch - hätte gerne Unterlagen über mindestens zwei, drei Gemeinden gehabt, welche Gemeindeordnung sie haben. Der Gemeinderat sagt uns nun „schlanke Gemeindeordnung“, wir wissen aber nicht, ob sie uns vielleicht zu schlank ist, wenn wir drei andere lesen würden. Mindestens sollte die Gemeindekommission - stellvertretend für Sie - die Möglichkeit haben, die Vorarbeit zu leisten und Ihnen zu sagen, wir haben auch noch geprüft, was in den andern Gemeinden, die bereits einen Einwohnerrat eingeführt haben, in Sachen Gemeindeordnung wirklich abgeht. Und dann zuletzt - das ist jetzt meine persönliche Meinung - es wären eigentlich zwei Beschlüsse zu fällen, weil der erste Beschluss „Einführung des Einwohnerrates“ wiederholende Kosten hat - es sind nicht 100'000 Franken, die wir einmal ausgeben, sondern Jahr für Jahr. In diesem Punkt hätten wir eigentlich erwartet, dass man uns Zahlen liefert, was läuft denn in andern Gemeinden finanziell in Bezug auf die Grösse. Der zweite Beschluss, der zu fällen gewesen wäre, wäre entsprechend Einwohnerrat ja und dann neue Gemeindeordnung, und dann hätte man einen zweiten Punkt gehabt, wo man die Details hätte beraten können. Ich habe geschlossen.

Marcel Erni: Guten Abend, mein Name ist Marcel Erni, parteilos. Und für viele von denen spreche ich hier auch. Ich habe das - auch im Wochenblatt - bereits geschrieben. Man spricht hier immer von der Mehrheit und umgekehrt hört man, dass von 8'000 7'000 gar nicht in einer Partei sind. Wer ist dann die Mehrheit? Die, die parteilich organisiert oder die, die parteilos sind? Und wahrscheinlich sind von den 30, die im Einwohnerrat sind, 29 parteilich organisiert. Vielleicht schafft es ein Parteiloser in den Einwohnerrat, aber *wie* soll er es schaffen? Er hat kein Budget für den Wahlkampf zur Verfügung, wer soll das zahlen? Vielleicht kommt einer rein, wahrscheinlich aber nicht und die Parteien werden es unter sich ausmachen. Die meisten der Parteilos haben keine Möglichkeiten, ausser, wie Herr Altermatt sagt, er schreibt jedes Mal, macht Eingaben etc. die meistens - nicht immer - zu nichts führen. An einer Gemeindeversammlung konnte ein Parteiloser doch wenigstens einmal aufstehen und etwas sagen, was nachher wahrscheinlich nicht mehr der Fall sein wird. Daher bin ich gegen den Einwohnerrat.

Peter Graser: Liebe Münchensteinerinnen, liebe Münchensteiner. Ich spreche für mich persönlich. Noldi Amacher, ich fühle mich nicht überfordert und ich habe auch nicht im Sinn, eine unheilige Allianz, bei aller Sympathie, mit euch einzugehen. Herr Erni hat etwas Wichtiges gesagt - ich musste das auch einmal lernen - Nichtstimmende haben auch eine Meinung. Das dürfen wir nicht vergessen. Alle politischen und arithmetischen Argumente wurden vorgebracht. Jetzt mache ich etwas, das ich sonst nicht so mache, ich gehe einen Stock tiefer in den Bauch. Liebe Münchensteinerinnen und Münchensteiner, hier drinnen wurden schon so viele Bauentscheide gefällt - und nicht alle sind sehr schlecht herausgekommen. Auch ich habe mich aufgeregt, wenn die Leute davon gelaufen sind, nachdem sie ihre Interessen durchgesetzt haben. Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter - was soll's. Aber ich möchte Ihnen etwas ganz anderes ans Herz legen. Wir haben in den letzten vier bis sechs Jahren in der Gemeinde immer von Strukturanalysen, Zentrenbildung und so weiter, die grosse Planungsübung, Zusammenhalt, Querverbindungen etc. gesprochen. Und sie wollen jetzt allen Ernstes die letzte Klammer, die das Kaff mit Pfiff ... Verzeihung, das gute Pflaster zusammenhält, mit der Abschaffung der Gemeindeversammlung gerade auch noch beerdigen. DAS gibt mir zu denken. Über Kosten diskutiere ich nicht, darüber spreche ich sonst immer. Aber, Herr Altermatt, es war ein bisschen ein Eigengoal, das Sie geschossen haben. So schnell, wie dieser § 68 ist noch selten etwas „durchmarschiert worden“. Das widerspricht Ihrem Argument, dass es mit dem Einwohnerrat schneller gehen sollte, total. Ich habe nicht ganz verstanden, ob die CVP einen eindeutigen Rückweisungsantrag gestellt hat oder nicht, aber Herr Messmer hat den Rückweisungsantrag gestellt und ich unterstütze ihn und empfehle ihn Ihnen wärmstens. Danke.

Werner Hotz: Sehr geehrte Anwesende. Ich finde es schade für die Gemeindeversammlung, aber ich habe so viel schlechte Erfahrungen mit Gemeindeversammlungen gemacht, auch mit dem Einwohnerrat nicht alles gute, das weiss auch Paul. Aber ich kann mich erinnern, ich durfte den Einwohnerrat im zweiten Jahr präsidieren, da hat mich der Gemeindepräsident von Muttentz, Herr Toscanelli, angerufen und gefragt, ob er sich einmal mit mir unterhalten darf. In Muttentz spreche man vom Einwohnerrat, was ich dazu meine. Wir haben uns dann getroffen und ich habe Herrn Toscanelli gesagt, Münchenstein ist nicht Muttentz. Und wenn ich einen Rat geben dürfe, Muttentz sei nicht reif für den Einwohnerrat. Muttentz sei noch eine Gemeinde, die einen Zusammenhalt habe und das hat Münchenstein bis heute noch nicht und bekommt es auch nicht mehr. Und deshalb war für Münchenstein ein Einwohnerrat besser. Das ist eine Tatsache. Und ich habe Herrn Toscanelli gesagt, sie sollen die Finger vom Einwohnerrat lassen, von mir aus gesehen ist der ihn zehn Jahren in Muttentz noch nicht eingeführt und sie reden jetzt wieder davon und er wird in Muttentz nicht kommen. Davon bin ich überzeugt. Aber wir Münchensteiner sind keine Gemeinde wie Muttentz. Das ist eine Tatsache. Schon geografisch konnte Münchenstein nie so zusammenwachsen, wie Muttentz. Und deshalb ist der Einwohnerrat für uns die bessere Lösung als die Gemeindeversammlung. Ich glaube, wir haben genügend Beispiele, um das feststellen zu können. Und ich möchte Sie bitten, mindestens auf das Geschäft einzutreten und es nicht einfach schon jetzt abzuwürgen, bevor man richtig darüber diskutiert hat. Ich hoffe, Paul, du bist damit auch einverstanden ... nicht? Aber du bist doch schuld, dass man ihn abgeschafft hat. [Lachen und Applaus.]

Manuela Reinhard: Guten Abend, ich bin Manuela Reinhard, Mutter von zwei Kindern und Präsidentin der Kinderhüeti Münchenstein. Ich wohne seit drei Jahren in Münchenstein, bin also so genannt unbefangen, was die ganze Geschichte von Münchenstein betrifft. Vielleicht gerade wegen dieser Unbefangenheit: In jedem Management, in jeder Unternehmung spricht man von Killerphrasen, nämlich dann, wenn man für Probleme Lösungen sucht und sagt, das haben wir alles schon einmal gehabt und es ist nicht gut herausgekommen. Killerphrasen hindern die Kreativität, sie hindern die Innovation und sie geben etwas schlichtweg keine Chance. Wer sagt

denn, dass, wenn es einmal schlecht gegangen ist, es wieder schlecht gehen soll? Ich sehe im Einwohnerrat eine Chance, auch eine Chance für Leute in meiner Altersgruppe, die hier nicht sehr oft vertreten sind. Ich sehe eine Chance, dass Leute sich vertreten fühlen, die nicht deshalb nicht hier sind, weil sie es nicht wollen, sondern weil sie es nicht können, die eine Stimme erhalten, weil sie einfach nicht selber hier sein können oder weil ihnen schlichtweg auch der Mut fehlt, nach vorne zu stehen und eine Meinung zu vertreten. Ich sehe noch ein Argument: In einem Einwohnerrat sind 30 engagierte Leute von Münchenstein tätig, das ist ein irrsinniges Nachwuchspotenzial für den künftigen Gemeinderat. Ein besseres politisches Parkett kann man in Münchenstein nicht mehr haben. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, zu unterstützen, dass der Einwohnerrat in Münchenstein angenommen wird.

Martin Eichrodt: Werte Damen und Herren, wir haben sehr viele Argumente gehört, und die meisten waren sogar gut. Wir hatten auch wieder einige Einzelmenschen, die - zu denen gehöre ich vielleicht auch - hier reden mussten und das - eben - meistens recht gut gemacht haben. Ich möchte jetzt aber eine juristische Frage stellen, denn der Jurist auf dem Podium dauert mich, weil er bis jetzt nichts sagen durfte. Ich habe ein Problem: Ich weiss nicht, wie viele Leute das ausführliche „Programm“ erhalten, ich vermute, es sind keine 8'000. Das ist nämlich auch noch etwas: es kommen sehr viele an die Gemeindeversammlung, die absolut nicht orientiert sind. Dann hören sie, diese Partei ist dafür, jene dagegen, dann rechnen sie zusammen und halten die Hand auf, bei denen, die wahrscheinlich gewinnen werden. Damit das nicht geschieht, fände ich es gut, wenn noch mehr Leute stimmen könnten. Wir haben heute Abend die Mamas nicht hier, denn die meisten - wenn es junge Frauen sind - müssen in der Familie dafür sorgen, dass die Kinder ins Bett gehen können. Sie können nicht erst um neun ins Bett, weil dann die Gemeindeversammlung - vielleicht! - fertig ist, vielleicht auch nicht. Dann haben wir auch sehr wenig junge Väter hier. Das möchte ich auch sagen. Wenn wir einen Altersdurchschnitt nehmen, werden sie überrascht sein. Wir älteren Senioren werden die Mehrheit sein, nicht wahr? Es ist einfach so. Ich war in drei Kantonen tätig und habe genügend politische Gemeindeversammlungen beobachten können. Ich habe im Kanton Glarus die Landsgemeinde erlebt. Dort gab es die Landsgemeinde-Redner. Auf die hat man sich immer gefreut. Wissen Sie weshalb? Erstens war es an einem Sonntagvormittag, es ist sicher von halb zehn bis eins gegangen, was noch gut war, weil man dann in irgendeinem Restaurant noch zum Mittagessen gehen wollte. Aber man hat sich besonders auf diese so genannten Landsgemeinde-Redner gefreut. Das war nicht etwa der Herr Landammann. Der musste sowieso reden und konnte das auch. Aber es waren noch andere, die manchmal eine Viertelstunde lang - das haben wir hier zwar auch - gesprochen und Witze zur Unterhaltung gemacht haben. Dann konnte man bei den andern Sachen wieder zuhören und sachlich werden. Das war auch ein Dienst an dieser Gemeindeversammlung. Und so ist es vielleicht auch hier. Also mir fällt es schwer, zu entscheiden! Aber jetzt zu meiner juristischen Frage. Wie kommt der Gemeinderat dazu, auf Seite 6 in der ausführlichen - wobei so ausführlich, wie es heissen hat, ist sie nun auch wieder nicht - Vorlage zu schreiben „Zeitlicher Ablauf, Verfahren, die beiden letzten Sätze: Falls die Gemeindeversammlung der neuen Gemeindeordnung nicht zustimmt, ist das Geschäft erledigt“. Ja hallo! Wo ist das Referendum? Bis jetzt habe ich immer erlebt, dass ein Referendum bei jedem Beschluss einer noch so grossen Gemeindeversammlung ergriffen werden kann. Wir hatten erst kürzlich ein Beispiel mit den Blockzeiten der Kindergärtnerinnen und Kindergärtner. Hier wurde über Nacht ein Referendum ergriffen und durchgedrückt. Und nun müssen wir darüber abstimmen, was auch wieder Kosten verursacht. Ich möchte fragen, wie kommt der Gemeinderat dazu, zu sagen, es erfolgt keine Volksabstimmung. Weiss er, dass es kein Referendum gibt? Oder ist das nicht möglich?

Gemeindepräsident W. Banga: Die meisten hier im Saal wissen das sehr wahrscheinlich, aber wir lassen es trotzdem kompetent durch die Juristen beantworten.

Gemeindeverwalterin B. Grieder: Gegen Ablehnungsbeschlüsse gibt es keine Referendumsmöglichkeit.

Martin Eichrodt: Wieso gab es dann diese Möglichkeit bei den Kindergärtnerinnen? Das war auch eine Ablehnung.

Gemeindeverwalterin B. Grieder: Das war ein Zustimmungsbeschluss. Es war ein Ja zum Reglement, das der Gemeinderat vorgelegt hat.

Martin Eichrodt: Also das ist juristische Spitzfindigkeit! Es tut mir leid, da werde ich also Einsprache erheben bis zum Regierungsrat. Sehen Sie, Sie dürfen die Möglichkeit, dass sich einmal mehr Leute äussern könnten, nicht auf diese Art abwürgen. Und dazu braucht es eine Ab-

stimmung. Das ist eine wichtige Frage. Wir sind heute Abend schon lange hier und haben zugehört und es war den meisten ein Anliegen, egal, ob dafür oder dagegen. Ich würde es schade finden, wenn man mit einem solchen Winkelzug von Juristen - ich kenne diese Brüder und Schwestern schon - das so abwürgen würde, also bitte, Gemeinderat, ich warne Sie. Dann möchte ich noch etwas sagen: Die Gemeinderäte sollten mindestens am besten orientiert sein. Das sind sieben Leute - mit Zugewandten, die als Funktionäre hier sein müssen - die müssen die Verantwortung tragen, leider nicht ganz die Folgen. Einen Einwohnerrat könnte man mehr fassen. Das wurde alles schon gesagt. Also, bitte, ich wehre mich dafür, dass es nun eine Volksabstimmung gibt, ob so oder so. Es ist eine wichtige, es ist eine Grundsatzfrage. Es wäre ein Schritt zu einer anderen Organisation, wenn nicht wirklich die Mehrheit das nicht will.

Gemeindepräsident W. Banga: Herr Eichrodt, wir, alle Beauftragten, die ganze Versammlung, legen die Gesetze so gut wie wir es können, aus. Die Juristen sichern das ab. Heute Abend ändern wir unsere Reglemente und Gesetze sicher nicht. Ich kann einfach sagen, dass alles rechtens ist und ich bitte Sie, sich zu mässigen mit Einwüfen gegenüber den Juristen. Sie haben die Gesetze und Reglemente, die zur Verfügung stehen, ausgelegt.

Martin Eichrodt: Ich weiss es und ich danke für die Aufklärung. Aber ich bin nicht zufrieden mit der Antwort.

Josef Kost: Geschätzte Anwesende, drei Sätze: Erstens ist Münchenstein kein Kaff, dazu stehe ich, auch wenn nicht alles immer so läuft, wie man es gerne hätte. Zweitens: gegen den Einwohnerrat, der bis 1980 eingesetzt war, lasse ich gar nichts aufkommen. Der Einwohnerrat war sehr gut, entgegen der Meinung von Paul Messmer. Er ist ein sehr guter Geschäftsmann, aber diesen Vorwurf kann er nicht bringen. Der Einwohnerrat hat seine Geschäfte absolut einwandfrei und finanziell topp in Ordnung an die Gesellschaft weitergegeben. Was mich bitter enttäuscht, ist, dass die Gemeindekommission bei ihrer Sitzung als Behörde nicht voll informiert war oder zu kurzfristig, um das Geschäft à fonds beraten zu können. In einer Gemeinde geht man mit einer Kommission nicht so um. Sonst kann man sie gerade so gut abschaffen. Und dann noch etwas Humorvolles: Wir haben zwar Vogelgrippe, aber ich mag es nicht, wenn man sich mit fremden Federn schmückt. Die Grün 80 war ein Entscheid des Einwohnerrats, Herr Messmer, nicht der Gemeindeversammlung. Und die Grün 80 war eine gute Sache. Sie hat Münchenstein - trotz meiner anfänglichen Skepsis - sehr viel gebracht und auch genützt. Danke. [Applaus.]

Gemeindepräsident W. Banga: Gibt es weitere Wortbegehren? Das ist nicht der Fall, somit sind wir am Ende der Eintretensdebatte. Nun stimmen wir über den Nichteintretensantrag von Paul Messmer ab. Wenn der Nichteintretensantrag angenommen wird, dann ist das Geschäft für heute Abend vom Tisch, dann müssen wir nicht mehr weiterberaten. Paul Messmer hat das bereits erwähnt. Wenn Eintreten beschlossen wird, dann wird über den Rückweisungsantrag von Noldi Amacher abgestimmt. Und wenn der ebenfalls abgelehnt würde, dann würden wir danach in die Detailberatung der Gemeindeordnung, wie sie der Gemeinderat Ihnen vorlegt, gehen. Ich nehme an, Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden. Paul Messmer - und Zugewandte - beantragt, auf den Antrag des Gemeinderates, auf die Vorlage, nicht einzutreten. Ich sage es noch einmal: Wenn der Antrag von Herrn Messmer auf Nichteintreten obsiegt, ist das Geschäft für heute Abend erledigt, dann wird in dieser Phase der Einwohnerrat in Münchenstein nicht eingeführt. Ich werde so abstimmen lassen, wie der Antrag gestellt ist, gemäss dem Gemeindegesetz. Wer dem Antrag von Herrn Paul Messmer, dass man heute Abend nicht auf die Vorlage und auf die Anträge des Gemeinderats eintritt, zustimmen will, soll das mit Handerheben bezeugen. Bitte die Stimmen zählen. 21, 15, 34, 61. Wer heute Abend auf die Vorlage und den Antrag eintreten will, soll es mit Handerheben bezeugen. 13, 13, 34, 70. Bernhard Gassenbauer, hast du den Gemeinderatstisch gezählt?

Bernhard Gassenbauer: Jawohl.

Gemeindepräsident W. Banga: Ich wiederhole die Stimmenzahlen des Eintretens noch einmal: es wurden genannt 13, und dann noch einmal 13, und 34 und 70. Mit 131 zu 130 Stimmen ist der Nichteintretensantrag von Paul Messmer von Ihnen angenommen worden. Das Geschäft ist für heute Abend erledigt. Wir können weitergehen auf unserer Traktandenliste. [Rund 25 Personen verlassen den Saal.]

Hanni Huggel: Liebe Anwesende, es geht nicht darum, dass ich mich zu den schlechten Verlierern zählen möchte, aber bei diesem knappen Resultat möchte ich beantragen, dass man die Abstimmung wiederholt und noch einmal zählt.

[Unruhe im Saal.]

Gemeindepräsident W. Banga: Ich muss die Sitzung für zehn Minuten bis eine Viertelstunde unterbrechen, der Gemeinderat muss über diese Frage beraten.

[Zehn Minuten Pause.]

Gemeindepräsident W. Banga: Sehr verehrte Damen und Herren, der Gemeinderat hat über die unglückliche Situation, in die wir hier geraten sind, beraten. Wir stellen auch fest, dass unser Gemeindegesetz keine Richtlinien vorgibt, wie wir diese Situation heute Abend beurteilen sollen. Es ist offensichtlich bei dem knappen Entscheid, der gefallen ist, dass vielleicht von meiner Seite her hätte nachgezählt werden müssen. Ich entschuldige mich dafür. Als Versammlungsleiter muss ich entscheiden. Ich habe entschieden und das Geschäft abgeschlossen, das war ganz klar. Wenn wir jetzt neu zählen würden, ohne die, die den Saal verlassen haben, dann wäre das eine Strafaktion für alle, die gegangen sind. Die Zusammensetzung ist nicht mehr die gleiche. Der Gemeinderat will deshalb diese Auszählung nicht mehr wiederholen. Er bietet aber den Unterlegenen eine Rechtsmittelbelehrung an. Es gibt folgende Rechtsmittel: Es gibt die Möglichkeit einer Beschwerde innert drei Tagen beim Regierungsrat, die von beiden Seiten begründet sein muss, mit genauer Zeitabfolge, wie der unglückliche Verlauf passiert ist. Es gibt zweitens die Möglichkeit für einen neuen 68er. Das gibt wieder Aufwand, aber der hält sich in Grenzen. Und es gibt im Weiteren die Möglichkeit der Initiative, für die 500 Unterschriften benötigt werden. Diese Rechtsmittelbelehrungen können wir Ihnen heute Abend geben. Aber ganz eindeutig ist, dass das Geschäft abgeschlossen war. Das wurde signalisiert.

Daniel Münger: Liebe Münchensteinerinnen, liebe Münchensteiner. So eindeutig abgeschlossen war das Geschäft allerdings nicht. Frau Huggel hat bevor Herr Banga das Geschäft abgeschlossen hat, aufgestreckt. Zweitens hat Frau Huggel einen klaren Antrag gestellt, und an und für sich ist eine Gemeindeversammlung dazu da, dass man über Anträge abstimmt.

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat hat seinen Entscheid gefällt und hält daran fest. Die Möglichkeiten, die Sie rechtlich haben, wurden Ihnen mitgeteilt. Wir gehen weiter zum nächsten Geschäft.

Hanni Huggel: Liebe Frauen und Männer. Eigentlich war es nicht die Meinung, dass ich hier einen solchen Wirbel auslöse. Für uns ist es jetzt eigentlich klar, dass wir uns überlegen, ob wir eine Beschwerde einreichen wollen oder - wahrscheinlich sinnvollerweise - eine Initiative starten. Bei der Initiative ist dann klar, dass es auch eine Volksabstimmung gibt. Und darum geht es uns ja vor allem auch in erster Linie: Dass alle Leute, die jetzt auch enttäuscht gegangen sind oder die jetzt einfach nicht kommen konnten, ihre Meinung sagen können, ob wir einen Einwohnerrat wollen oder nicht. Und ich denke, damit ist es für mich gut und abgeschlossen.

Dr. Arnold Amacher: Es ist richtig gemütlich, wie im 1968, dort haben wir uns auch so aufgeführt wie Sie jetzt, nur waren wir etwas jünger als Sie. Ich hätte gerne noch eine Rechtsmittelbelehrung in Bezug auf die Initiative. Wir haben ja jetzt viel Zeit gespart und freuen uns bereits aufs Bier. Ich denke auch, die richtige Antwort sind 500 Unterschriften und ich garantiere Ihnen, die 131 Leute haben das falsche Los gezogen. Da bin ich fast ganz sicher. Denn genau das ist ja Abstimmungsfutter noch und noch. Das werden Sie dann im Abstimmungskampf sehen. Wie ist das bei der Initiative? Habe ich Herrn Altermatt vorhin falsch verstanden? Ist es tatsächlich so, dass der Gemeinderat dann direkt eine Vorlage bringt, dass wir hier also nicht einmal mehr über die Vorlage befinden können? Ist das so? Das wäre dann ja ein Hohn für die 131 Leute.

Gemeindeverwalterin B. Grieder: Die Gemeindeordnung wird hier natürlich selbstverständlich beraten, es wäre wahrscheinlich auch die gleiche oder eine sehr ähnliche. Aber man muss es obligatorisch dem Volk unterbreiten, weil eine Initiative dahinter steht. Es kann also nicht hier abschliessend auf die andere Seite beendet werden.

Traktandum 4

EDV-Anlage, Jahr-2000-bedingte Anpassungen und Migration / Schlussabrechnung

Gemeinderat G. Lüthi: Guten Abend meine Damen und Herren. Ich hoffe, dieses Traktandum ist nicht so hitzig, zumal auch der bewilligte Kredit von damals 100'000 Franken deutlich unterschritten ist. Worum geht es? Seinerzeit im 1997/98 - Sie erinnern sich vielleicht noch - hat man

bei der EDV über das Jahr 2000 diskutiert. Es sind damals Szenarien an die Wand gemalt worden, alles breche zusammen, man stürze mit dem Flugzeug ab, die mit Herzschrittmachern hätten plötzlich ... und, und, und. Damals beschloss man, dass man in der Gemeindeverwaltung nicht den Rechner ersetzen sondern das Ganze auslagern will. Mit Beschluss vom 15. September 1998 haben Sie dem Kredit zugestimmt. Hier sehen Sie die wichtigsten Komponenten dazu: Zivilschutz, Datenmigration, Systemdrucker, Diverses, insgesamt 300'000 Franken. Die Schlussrechnung zeigt nun, dass wir davon nur 196'000 Franken benötigt haben. Die Kreditunterschreitung ist massiv, aber begründbar. Bei der Zivilschutz-Software sehen Sie, dass die Anschaffung kostengünstiger gemacht werden konnte, als geplant. Bei der Datenmigration hat man - im Jahr 2000 hat man über die einjährige Steuerveranlagung diskutiert - mit den Anpassungen zugewartet und dann später im Jahr 2000 einen Zusatzkredit vorgelegt, damals für 60'000 Franken. Dieser Betrag wurde dann im Jahr 2002 abgerechnet mit 48'000 Franken. Das war ein separater Kredit, und er ist selbstverständlich bei der Datenmigration nicht mit dabei. Die grosse Einsparung wurde jedoch beim Systemdrucker gemacht. Dort konnte man rund 70'000 Franken einsparen, weil alles im Rechenzentrum Binningen ausgedruckt wird. Summa summarum eine Unterschreitung von 103'000 Franken. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, der Schlussrechnung zuzustimmen.

Miriam Locher: Guten Abend, meine Damen und Herren. Der Gemeindekommission wurde die Abschlussrechnung über die EDV-Anlage in Münchenstein auch von Gemeinderat Giorgio Lüthi vorgestellt. Dabei gab es keine weiteren Diskussionen und die Gemeindekommission hat dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zugestimmt.

Gemeindepräsident W. Banga: Ich eröffne die allgemeine Diskussion zu diesem Geschäft. Das Wort wird nicht verlangt, die Diskussion ist geschlossen. Der Antrag des Gemeinderats lautet: „Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die vorliegende Schlussabrechnung zu genehmigen.“ Wenn Sie dem Antrag zustimmen können, bezeugen Sie es bitte mit Handerheben. Gegenmehr? Sie haben die Schlussabrechnung genehmigt.

://: Dem Antrag des Gemeinderats, die Schlussabrechnung EDV-Anlage, Jahr-2000-bedingte Anpassungen und Migration zu genehmigen, wird einstimmig entsprochen.

Traktandum 5

Antrag gemäss § 68 GemG von Jürg Berger betreffend Änderung von § 1 des Verwaltungs- und Organisationsreglements (Publikation im Internet)

Gemeindepräsident W. Banga: Beim Traktandum 5 geht es um einen 68er von Jürg Berger. Er verlangt, ins Verwaltungs- und Organisationsreglement aufzunehmen, dass die Gemeinderatsvorlage auch im Internet veröffentlicht wird. Ich möchte dazu einfach sagen, dass das in der Praxis jetzt schon gemacht wird, und zwar im Moment der Drucklegung der Gemeinderatsvorlage an die Gemeindeversammlung. Dann wird es ins Internet eingestellt. Sie haben also die Angaben zur heutigen Gemeindeversammlung schon mindestens zehn Tage vor dem Empfang der schriftlichen Sendung erhalten. Wir sind mit Jürg Berger übereingekommen, dass wir jetzt mit der Anpassung des Organisationsreglements abwarten, gerade auch im Hinblick auf die Einführung des Wohnerrates, wo es dann Reglementsanpassungen braucht. Jürg Berger ist damit einverstanden. Wir würden den Antrag als erheblich erklären und zu einem späteren Zeitpunkt bearbeiten.

Danuta Janiak: Meine Damen und Herren, ich kann es kurz und bündig machen. Die Gemeindekommission hat sich einstimmig dem Antrag des Gemeinderats angeschlossen.

Gemeindepräsident W. Banga: Gibt es ein Wortbegehren zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall, wir stimmen daher ab. Wer den Antrag von Jürg Berger betreffend § 1 des Verwaltungs- und Organisationsreglement (Publikation im Internet) erheblich erklären und zu einem späteren Zeitpunkt vom Gemeinderat bearbeiten lassen will, soll das mit Handerheben bezeugen. Gegenmehr? Auch diesem Antrag haben Sie zugestimmt.

://: Der Antrag gemäss § 68 GemG von Jürg Berger betreffend Änderung von § 1 des Verwaltungs- und Organisationsreglements (Publikation im Internet) wird einstimmig erheblich erklärt und zu einem späteren Zeitpunkt bearbeitet.

Traktandum 6

Antrag gemäss § 69 GemG von Karl Völlmin i.S. Untersuchung betreffend Beibehaltung des eigenen Steuerbüros / Mündliche Beantwortung

Gemeindepräsident W. Banga: Hier geht es um einen Antrag gemäss § 69, den Karl Völlmin eingereicht hat. Ich habe zuerst eine Korrektur anzubringen. In der grossen Fassung, auf Seite 8, erste Linie, unter dem Titel, heisst es: „An der Gemeindeversammlung vom 8. Dezember 2005 reichte Paul Schindler folgenden Antrag ein ...“. Dort soll es statt Paul Schindler Karl Völlmin heissen. Der Antrag gemäss § 69 wird vom Finanzchef Giorgio Lüthi beantwortet.

Gemeinderat G. Lüthi: Warum geht es bei diesem Geschäft? Karl Völlmin hat an der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember einen Antrag gestellt, man solle bitte abklären, ob eine Kosteneinsparung resultiere, wenn man zum Beispiel das Steuerbüro ausgliedern und dem Kanton übergeben würde. Wir haben das abgeklärt. Als Ausgangslage möchte ich Ihnen zeigen, worum es geht. Wir basieren auf dem kantonalen Steuergesetz, § 107, das besagt, dass die Gemeinden selbstverständlich die unselbständig Erwerbenden veranlagern. Der Kanton zahlt den Gemeinden dafür einen bestimmten Betrag. In § 107 steht aber auch, dass die Veranlagung gegen Bezahlung beim Kanton gemacht werden kann. Der Regierungsrat legt die Höhe der Entschädigung fest. Die Selbständigerwerbenden werden seit je schon beim Kanton gemacht. Das sind die Berechnungsgrundlagen. Der Regierungsrat hat am 15. Dezember den Betrag festgelegt. Er beträgt 30 Franken pro Veranlagung, die wir entweder bezahlen müssen oder als Betrag vom Kanton erhalten. Für die Bezugsentschädigung, also wenn wir zum Beispiel die Steuern auch noch eintreiben, erhalten wir 20 Franken. Wenn wir die Steuerverwaltung Münchenstein betrachten, dann sprechen wir dort von insgesamt 430 Stellenprozenten. Ich habe Ihnen für das Jahr 2005 die Zahlen herausgezogen. Das sind rund 443'000 Franken. Selbstverständlich kommen dort auch noch die so genannten Infrastrukturkosten dazu. Da zählt man normalerweise immer 20 % dazu. Das habe ich hier auch gemacht. Das ergibt rund 88'000 Franken zusätzlich. Wir haben in Münchenstein ca. 6'400 Steuerveranlagungen pro Jahr. Das ist die Basis für die Berechnung. Wenn Sie die Berechnung machen, sehen Sie, dass für die Gemeinde sicher die rund 532'000 Franken anfallen. Wir bekommen dafür vom Kanton die 6'400 mal die 30 Franken, ergibt also die 192'000 Franken. Ebenfalls erhalten wir die Fristverlängerungen. Wenn also jemand um eine Fristverlängerung ersucht - einige Herren lachen bereits - dann kostet das 20 Franken. Dieses Geld erhält die Gemeinde. Das macht pro Jahr ebenfalls rund 14'000 Franken aus. Was wir auch erhalten, wenn wir selber eintreiben, sind 4 % der Kirchensteuern von 2,13 Millionen. Das macht doch immerhin rund 85'000 Franken aus. Was wir erhalten, wenn wir es selber machen, sind 291'000 Franken. Wenn Sie das vom Aufwand, den wir haben, abzählen, dann bleibt selbstverständlich ein Netto-Aufwand von 240'000 Franken. Das ist die Situation heute. Wenn wir das Ganze auslagern, dann haben wir selbstverständlich keine Personalkosten und keine Infrastrukturkosten mehr. Aber wir müssen den Kanton für die Tätigkeiten entschädigen. Das ist genau der gleiche Betrag, die 30 und die 20 Franken. Wenn Sie das ausrechnen, dann macht das 320'000 Franken Aufwand. Jetzt können Sie selber rechnen, dass dadurch natürlich der Gemeinde Mehrkosten von rund 79'000 Franken entstehen würden. Das ist die rein rechnerische Seite. Herr Völlmin hat seinerzeit erwähnt, dass auch die Gemeinde Pratteln, als grosse Gemeinde, das Ganze ebenfalls beim Kanton mache. Das ist korrekt. Pratteln hat rund 15'000 Einwohner und ungefähr 8'000 Steuerveranlagungen, und wird seit 1997/98 beim Kanton gemacht. Aber - und hier hat mir die Basler Zeitung etwas geholfen - ich zitiere aus der BaZ vom 30. November 1996. Damals hat sie berichtet, dass Pratteln noch immer in einer tiefen Finanz- und Führungskrise steckt, dass es monatelang Rückstände bei den Steuerveranlagungen gegeben hat, dass es ungenügende funktionelle EDV-Programme gegeben hat und einen seit Wochen krankgeschriebenen Gemeindeverwalter. Und damals hat der Einwohnerrat von Pratteln auch darüber diskutiert, ob man zum Beispiel den Gemeindeverwalter überhaupt braucht. Im März 1997 hat dann das Volk an der Urne der Änderung der Gemeindeordnung zugestimmt und ab sofort hat Pratteln das dem Kanton übergeben. Also seinerzeit hat Pratteln mit dieser Auslagerung eigentlich seine personellen und organisatorischen Probleme auf der Verwaltung gelöst. Und heute ist es immer noch beim Kanton. Warum? Sie haben immer noch keine EDV-Anlage und sie haben immer noch kein Personal. Das Fazit, das eigentlich für die Beibehaltung des Steuerbüros in Münchenstein spricht: einerseits die Kosteneinsparung von rund 80'000 Franken, wie ich Ihnen vorgerechnet habe. Wichtig ist auch, dass die Gemeinde, wenn wir es selber machen, den ganzen Steuerbezug selber gestalten kann, also zum Beispiel das Inkasso von Vergütungs- und

Verzugszinsen, oder eben die Verlängerungen, jedes Mal 20 Franken. Wir können aber auch die zeitgerechte Veranlagung beeinflussen. Dann haben wir sofort mehr liquide Mittel. Zeitgerecht heisst, vielleicht wissen Sie das, dass der Kanton immer etwas länger braucht, als die Gemeinde. Ende 2005 waren bereits 93 % veranlagt. Das ist Geld, das eingeht und das wir nicht bei den Banken aufnehmen müssen. Was ebenfalls für die Beibehaltung spricht, ist die Grösse der Gemeinde. Für grössere Gemeinden rechnet sich eine Auslagerung an den Kanton nicht. Vor allem haben wir auch tausende von Anfragen, die Leute kommen vorbei oder fragen telefonisch nach. Wenn sie das beim Kanton machen, erhalten sie nicht die gleich qualifiziert gute Antwort. Ausserdem haben wir ein Lehrlingswesen. Wir bilden kaufmännische Lehrlinge aus. Und stellen Sie sich vor, Sie bilden jemanden auf einer Gemeindeverwaltung aus und der hat nie die Möglichkeit, im Steuerrecht tätig zu sein. Was wir ebenfalls haben und was ebenfalls wichtig ist: Wir würden in Münchenstein 4,3 Arbeitsplätze vernichten. Ich bitte Sie, das so zur Kenntnis zu nehmen. Herr Völlmin, ist diese Antwort für Sie genügend?

Karl Völlmin: Ich bin seit 25 Jahren in dieser Gemeinde und stehe jetzt das zweite Mal vor Ihnen. Ich bin eigentlich verantwortlich für diesen Überraschungsantrag. Herr Präsident, wertere Damen und Herren. In letzter Zeit kann man immer wieder lesen, dass Steuerbüros in den Gemeinden geschlossen werden und nur noch der Kanton Steuerrechnungen verschickt. Das betrifft aber offensichtlich vor allem die kleinen Gemeinden. Für uns wäre es auch eine Vereinfachung, nur zwei Rechnungen im Jahr zu erhalten und nicht vier, wie bis jetzt. Es würden 12'800 Rechnungen einfach wegfallen. Auch der Finanzchef könnte sich im Sessel zurücklehnen und Einzahlungen vom Kanton in Empfang nehmen. Auch die Problemfälle müssten nur über ein Steuerwesen laufen. Dass das heutige System kompliziert ist, zeigt sich in der Beratung von jährlich einigen tausend Steuerkunden. Mit Interesse habe ich der ausführlichen Antwort unseres Finanzchefs, Herrn Lüthi, zugehört. Er hat sich wirklich Zeit genommen, um einen umfassenden Einblick ins Steuerwesen unserer Gemeinde zu geben. Nach dem positiven Ergebnis sind wir sicher besser daran, wenn wir unser Steuerwesen behalten und nicht an den Kanton abgeben. Ohne Einzugsprovision für die Kirchensteuer wäre es allerdings nicht so gut. Wir haben ein motiviertes Team, das eine grosse Leistung vollbringt mit der Kontrolle unserer Erklärungen und dem Inkasso, und das auch noch Zeit findet, uns am Schalter zu beraten. Es wird also auch in Zukunft zwei Steuerwesen geben, die die gleiche Arbeit machen im Wettbewerb um unsere Steuergelder. Dankeschön.

Gemeindepräsident W. Banga: Ich danke Ihnen, Herr Völlmin, dass Sie die Antwort positiv entgegen nehmen. Ihre Anfrage war sicher gut, damit es einmal Klarheit gegeben hat, wie es eigentlich in Münchenstein mit dem Steuerbüro und mit der Situation im Steuerwesen steht. Wir selber mussten über die Bücher und die Gemeindeversammlung hat nun Auskunft erhalten.

Traktandum 7

Antrag gemäss § 69 GemG von Daniel Münger betreffend Herausforderung Alter / Mündliche Beantwortung

Gemeindepräsident W. Banga: Hier handelt es sich ebenfalls um einen Antrag gemäss § 69. Er wurde an der Gemeindeversammlung vom 14. Juni 2005 gestellt. [Auf Anfrage hin teilt Daniel Münger mit, dass sein Antrag nicht vorgelesen werden muss.] Die Departementschefin, Helen Wegmüller, wird den Antrag mündlich beantworten.

Gemeinderätin H. Wegmüller: Geschätzte Damen und Herren, Walti Banga hat bereits mitgeteilt, dass Daniel Münger einige Fragen gestellt hat. Unter anderem hat er sich erkundigt, welches die strategischen Überlegungen sind, die die Gemeinde sich zum Thema „Senioren“ gemacht hat.

Der Gemeinderat hat im November 2005 seine strategischen Ziele 2006 bis 2010 verabschiedet und sie als Broschüre aufgelegt. Sie kann bei der Gemeindeverwaltung bezogen werden oder man kann sie unter www.muenchenstein.ch herunterladen. Falls jemand heute Abend ein Exemplar beziehen möchte, kann er es nach der Versammlung bei mir abholen. Die drei Hauptziele in der Broschüre sind die Finanzen, die Raumentwicklung und die Gemeindeorganisation. Das ist jedoch nicht das, was Daniel Münger interessiert hat. Er wollte vielmehr wissen, was im Departement Soziales läuft. Bei diesem Departement steht „in Münchenstein besteht ein Angebot, das Seniorinnen und Senioren erlaubt, in der Gemeinde ein Maximum an Selbständigkeit möglichst lange zu bewahren. Es besteht eine Palette von Dienstleistungen für die Unterstützung der älteren Einwohnerinnen und Einwohner, angefangen bei der Gesundheitsvorsorge

über ein auf Betagte zugeschnittenes Wohnangebot bis zur nötigen Zahl von Alters- und Pflegebetten.“ Dabei spielt das neue Alters- und Pflegegesetz eine grosse Rolle. Das neue Alters- und Pflegegesetz ist seit dem 1.1.2006 in Kraft. Man hat schon während der Beratung gewusst, dass durch das Inkrafttreten des kantonalen neuen Finanzausgleichs am 1.1.2008 am Altersgesetz wesentliche Korrekturen gemacht werden müssen. Der Verband der Basellandschaftlichen Gemeinden hat denn auch in seiner Vernehmlassung darauf hingewiesen. Er wollte die Ratifizierung solange hinausschieben. Dieser Hinweis wurde jedoch nicht aufgenommen, und man hat das Gesetz beschlossen.

Daniel Münger hat auch eine Frage zur Spitex gestellt. Der Spitexteil ist eine Black box. Im Rahmen des GAP's, des kantonalen Sparpakets, hat man den Spitexteil aus dem Gesetz genommen. Die Finanzierung des Spitexteils wird im Gesamtpaket des neuen Finanzausgleichs festgelegt. Dieser Betrag muss von den Gemeinden nun getragen werden. Für Münchenstein sind das rund 300'000 Franken. Besonders wichtig im neuen Altersgesetz sind die Paragraphen 4 und 5, in denen die Aufgaben der Gemeinden explizit festgehalten sind. Ein wichtiger Punkt im Gesetz ist die Qualitätssicherung in den Heimen. Am 23. März, an der Generalversammlung des VBLG, hätte entschieden werden sollen, ob die Gemeinden diese Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle übernehmen werden. Der Beschluss konnte jedoch nicht gefasst werden, da diverse Gemeinden noch Änderungswünsche hatten und man diese noch aufarbeiten und vermutlich noch einfließen lassen will.

Im Weiteren ist im Gesetz auch die Beitragshöhe, die der Kanton den Gemeinden an die Investitionen von neuen zusätzlichen Alterspflegebetten gewährt, enthalten. Ebenfalls beinhaltet das Gesetz - als einen wichtigen Punkt - den Vermögensverzehr bei Immobilien von älteren Hausbesitzern. Wie will nun der Gemeinderat die zusätzlichen Pflegebetten beschaffen? Man hat eine Nutzwertanalyse gemacht und festgestellt, dass in Münchenstein durchschnittlich 28 Pflegebetten benötigt werden. Der Gemeinderat hat sich entschieden, dass man ca. zwischen 15 und 20 Betten bis 2015 erstellen wird. Im 2010 will man das dann noch einmal überprüfen, und man würde das auch gerne als Alterspflegewohnungen machen. Man hat vier Varianten abgeklärt. Die Varianten „Loog“ und „Neubau eines Demenzzentrums“ werden nicht weiterverfolgt, Pflegewohnungen hingegen verfolgt man weiter, die haben erste Priorität.

Daniel Münger meinte in seinem Antrag auch, dass die Gemeinde Münchenstein die Gemeinde mit der höchsten Zahl an Betagten sei. Wir haben hier [Folie] einen Bevölkerungsstand, und man sieht, dass die Gemeinde Birsfelden mit 22,49 % die Gemeinde ist, die momentan den höchsten Altersanteil aufweist. Münchenstein besitzt 20,4 %.

Daniel Münger hat auch eine Frage zur Kostenentwicklung gestellt. Auf dieser Folie sieht man die Entwicklung der Kosten, das heisst, den Kostenverlauf der Gemeindebeiträge von Münchenstein von 1989 bis heute. Für die Beantwortung weiterer Fragen steht Helen Wegmüller gerne zur Verfügung.

Gemeindepräsident W. Banga nimmt an, dass der Antragsteller, Daniel Münger, zu dieser Antwort noch etwas sagen will.

Daniel Münger: Liebe Münchenerinnen, liebe Münchener, es ist nicht irgend eine Frage gewesen, die auf irgend etwas abgezielt hätte oder die dem Gemeinderat noch etwas mehr Arbeit hätte machen sollen, als er bereits hat, sondern es ist eine der Fragen, die uns in Zukunft in dieser Gemeinde am heissesten beschäftigen wird. Ich danke vorweg Gemeinderätin H. Wegmüller für die Beantwortung der Fragen. Die Antworten sind - leicht gesagt - etwas allgemein ausgefallen. Ich konnte den Antworten - ausser der geplanten Bettenanzahl - nicht sehr viel mehr entnehmen, als ich schon aus der Broschüre oder aus anderen Schriften des Gemeinderats ersehen konnte. Aufgefallen ist mir, dass sehr viel von „Bauen“ und von „Betten“ gesprochen wurde. Auf weitere Probleme des Alters wird jedoch nicht eingegangen. Die SP ist in ihren Darlegungen zum Altersgesetz [Folie], die ich auch in der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission des Kantons so vorgebracht habe und die damals sehr weit ins Gesetz eingeflossen sind, zu nachstehenden Schlussfolgerungen gelangt: [Ich lege nur gerade diese Folie auf, denn alles andere würde zu weit und zu einer zu langen Rede führen!]

- Der Pflegebettenbedarf - der heute Abend angesprochen und von Gemeinderätin H. Wegmüller definiert wurde.
- Bauprojekte für altersgerechtes Wohnen: Davon habe ich ansatzweise gehört, allerdings ist eigentlich nur von Pflegebetten die Rede gewesen und nicht von altersgerechtem Wohnen. Wir haben zwar Projekte in unserer Gemeinde. Sie sind jedoch auf privater Basis lanciert und bis jetzt zwar durch den Gemeinderat unterstützt worden. Doch weitergehende Projekte oder weitergehende Überlegungen sehe ich in dieser Richtung nicht.

- Die Freiwilligenarbeit, die im Altersbereich sehr stark daheim ist, von der hat man von Gemeinderätin Wegmüller überhaupt nichts gehört.
- Die Vernetzung mit den Nachbargemeinden fehlt komplett. Ich denke, gerade im unteren Baselbiet oder ganz speziell im Birstal, ist die Vernetzung wirklich anzustreben. Wir haben Gemeinden, die auch von der demografischen Lage her durchaus unterschiedlich dastehen. Es würde sich absolut lohnen - und zwar nicht nur für die Gemeinde Münchenstein, sondern auch für unsere Nachbargemeinden - sich einmal zu überlegen, wie man allenfalls mit dieser Problematik umgehen könnte.
- Weiter ist vielleicht das auf der Folie erwähnte Wort „Leitbild“ nicht unbedingt richtig gewählt, ich spreche lieber von einem „Strategiepapier Alter“. In dieses Strategiepapier Alter sollten vor allem folgende Punkte, bei denen man sich näher überlegen müsste, wie man sie angehen will, einfließen:
 - Information allgemeiner Art für unsere Seniorinnen und Senioren
 - Freizeit und aktive Lebensgestaltung: Je besser man die aktive Lebensgestaltung vornehmen kann, desto weniger Kosten erwachsen der Allgemeinheit später, das leuchtet jedermann ein
 - Wohnen im Alter
 - Gesundheit, Pflege und - ein ganz wichtiger Punkt - Prävention. Das ist ein Kapitel das bis jetzt ebenfalls noch nicht angesprochen wurde
 - Infrastruktur: Sie wurde zwar teilweise angesprochen, aber vor allem Verkehr und Mobilität fehlen komplett in diesen Ausrichtungen
 - Sicherheit: Das ist heute in dieser Hinsicht etwas vom wichtigsten

Meine Schlussfolgerung auf Gemeindeebene heisst, dass man zwar gewisse Sachen „angedacht“ und in die Hand genommen hat, aber noch weit von einem „Münchenstein als gutes Pflaster“ entfernt ist. Ich hoffe, dass Münchenstein irgendwann - auch im Alter - ein gutes Pflaster wird.

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Fragen von Alter und von Pflege ihn noch lange beschäftigen werden. Ich möchte einfach festhalten, dass wir auch die private Initiative, die im Laufe der vergangenen zwei Jahre ergriffen wurde, nicht unterschätzen dürfen und sie hoch achten wollen. Der Gemeinderat muss jedoch an dieser Frage weiterarbeiten, denn sie drängt.

Traktandum 8

Zonenvorschriften Siedlung Landschaft, Teilgebiet Brüglinger Ebene

Gemeindepräsident W. Banga: Die Vorlage befindet sich auf Seiten 9 bis 12. Die Planaufgabe hat auf der Verwaltung stattgefunden, die Pläne hingen im Foyer und waren auf der Homepage muenchensteinplanat veröffentlicht. Zugleich finden Sie das Zonenreglement im Anhang, das ebenfalls zur Verfügung steht.

Gemeinderat L. Lauper: Sehr verehrte Damen und Herren. Die Brüglinger Ebene kennen vermutlich alle. Die einen kennen sie als Grün 80, die andern kennen die St. Jakob-Arena, die St. Jakobhalle, das Sportbad und einige haben auch Freude an der Birs oder am Botanischen Garten. Es ist ein ganz umfassendes Gebiet. Es hat dort sehr wichtige Sportanlagen. Die ökologisch wertvollen naturnahen Flächen sind ebenfalls nicht zu verachten. Warum gehen wir überhaupt an diese Planung? Die bestehenden Pläne sind aus dem Jahr 1979, was nicht heisst, dass alles falsch ist, was damals war, doch heute sind die Anforderungen anders. Man musste es den neuen Wünschen auch anpassen. Gleich vorweg, man hat nicht alles auf den Kopf gestellt, sondern man hat es weiterentwickelt. Welches waren die Ziele, als man an die Planung ging? Es ging darum, ob man den Spielraum der Entwicklung in diesem Gebiet neu festlegen kann oder will. Wir wollten, dass man etwas machen kann, aber dass auch klar ist, in welche Richtung es gehen soll, sowohl in der Nutzung als auch im Schutzbereich. Dann ist natürlich die übergeordnete Planung ebenfalls ein wesentlicher Punkt unserer Planung, sprich die Bereiche St. Jakob-Sportzentrum, Parkierung, Zulieferung, wenn Gross-Events stattfinden. Das sind die Punkte, die wir zusammen mit anderen Stellen, den Kantonen Baselland und Basel-Stadt und auch Muttenz, das natürlich ganz nahe an diesem Gebiet ist, angehen müssen. Ganz wichtig ist der letzte Punkt, die langfristige Sicherung des Gebiets in der Art, wie es jetzt ist, in seiner Vielfalt. Ich lege Ihnen jetzt den Plan auf. Ich bin mir bewusst, dass man nicht

alles lesen kann. Es geht darum, dass Sie in groben Zügen sehen können, worum es geht. Das erste Gebiet, gelb, ist die so genannte Zone für Sportanlagen, wie Rasenplätze, also Fussballplätze. Dazu gehören Garderoben, das Gartenbad im Nordteil, so wie Sie es auch kennen, und auch das Leichtathletik-Stadion. Neu ist, dass ein Fussballplatz mehr vorgesehen ist als bisher. Dann haben wir hier den Teil Sportbauten. Das ist im Prinzip das Gleiche, wie wir es bisher hatten. Wir haben jetzt einfach bei der Höhe etwas mehr differenziert. Bei der Sporthalle, die jetzt schon 23 Meter hoch ist, bleibt es, wie es ist. Beim jetzigen Parkplatz wurde ein Teil für allfällige Erweiterungsbauten dazu gegeben. In diesem Teil befindet sich die Stadtgärtnerei, wie bisher, hier haben wir die Landwirtschaft, wie bisher, in diesem Bereich den Botanischen Garten. Das Bekannteste in diesem Gebiet ist die Grün 80, die eigentlich Park im Grünen heisst. Hier kann man Bauen in der Art, wie es jetzt bereits ist. Hier beim Wolkenhügel heisst es Intensivholung. Dort wird man keine grossen Bauten machen können, aber Ausstellungen oder Monumente sind dort möglich. Der untere Teil ist für Natur und Erholung gedacht. Auch hier besteht die Vorstellung, dass das, was bis jetzt möglich war, weiterhin möglich sein soll. Damit sind Ausstellungen, wie die Dinos, oder auch Kunstaussstellungen gedacht. Aber in diesem Bereich hat der Naturwert eine erhöhte Bedeutung, zum Beispiel auch für die Brutvögel. Auch aus der Distanz sieht man die vielen Schraffuren auf dem Plan. Eine davon ist die Grundwasserschutzzone. Ferner mussten wir uns darüber unterhalten, wo Kunstrasenfelder möglich sind. Auch das sieht man auf dem Plan, ebenso die Zonen, in denen Fluchtlicht erlaubt ist, und welches die Naturschutzzonen sind. Auch die Archäologie ist vorhanden, und es ging sogar darum, die Aussichtspunkte zu schützen, damit nicht plötzlich etwas zugebaut wird. Es handelte sich um eine sehr komplexe Sache. Wir hatten natürlich auch im Zusammenhang mit dem Mitwirkungsverfahren rechte Diskussionen mit den Grundeigentümern, die nicht über alles, wie wir es uns anfangs vorgestellt haben, begeistert waren. Was heute vorliegt, wurde von allen Seiten akzeptiert. Ich möchte nochmals kurz zusammenfassen. Die Revision baut auf dem bestehenden Plan auf. Ganz wichtig war uns - und wir denken, wir haben das mit der Vorlage, wie sie vor Ihnen liegt, auch erreicht - dass das Gebiet weiterhin attraktiv für Sportler, für Besucher des Parks im Grünen und des Merian Parks Botanischer Garten, generell für Erholungssuchende ist, und dass der Naturschutz und der Denkmalschutz in dieser Gegend ebenfalls nicht zu kurz kommen. Ich beantrage Ihnen, dass Sie den Anträgen des Gemeinderates zustimmen und dem Teilzonenreglement zur Realisierung verhelfen. Dankeschön.

Peter Tobler: Die Behandlung der Unterlagen an den Kommissionssitzungen ist manchmal schwierig, denn der Gemeinderat ist immer mehr unter Zeitdruck und die Kommission erhält die Unterlagen eine bis zwei Wochen vor der Sitzung und sollte dann teilweise tief in die Reglemente gehen - wie Noldi Amacher es bereits gesagt hat - und dafür ist eben oftmals keine Zeit mehr vorhanden. Man hat schon einige Male darüber diskutiert, aber gefunden, dass es keinen Wert hat, in die Tiefe zu gehen, der Einwohnerrat komme ja. Nach dem lustigen Resultat heute Abend müssen wir vielleicht trotzdem irgendwann noch diskutieren. Aber, gut, darüber werden wir in Zukunft sicher noch ein paar Worte verlieren. Die Folien und die Ausführungen wurden auch uns vorgetragen, zwar nicht von Lukas Lauper, weil er an der Sitzung abwesend war, aber doch mit den gleichen Worten. Wir konnten nachvollziehen, dass nach der langen Zeit eine Überarbeitung nötig wurde, denn in der Zwischenzeit hat es doch einige Änderungen gegeben oder Nutzungen, die sich eingebürgert haben - zum Guten und zum Schlechten. Wichtig waren uns unter anderem Fragen zu den Spezialzonen A und B. In Spezialzone A werden nur geschlossene Bauten, wie zum Beispiel das Restaurant am See, zugelassen. Hingegen hinter dem See, beim so genannten Wolkenhügel, befindet sich die Spezialzone B, in der nur offene Bauten, wie zum Beispiel die Skulptur oder Plastik oder andere offene Bauten, zugelassen sind. In dieser Vorlage finden wir aber auch irgendwie versteckt „bescheidene Tribünen“. Über „bescheiden“ wollen wir nicht diskutieren. Die Erklärung lautet, dass das Sportamt, die Gemeinde oder die verschiedenen Bauämter darunter eine Erdaufschüttung verstehen, in der sich die Tribüne befindet. Wie hoch diese Erdaufschüttung sein darf, steht in keinem Reglement oder ist mir jedenfalls im Moment nicht bekannt. Wir haben auch zwei Beträge in der Vorlage, eine einmalige Summe von 30'000 Franken. Diese Summe soll zur Verbesserung der Vernetzungskorridore verwendet werden. Das heisst, für Bepflanzungen von Büschen und Bäumen, die nicht durch die Grundeigentümer Kanton Basel-Stadt oder CMS gemacht werden. Das gleiche ist auch der jährliche Aufwand von den 10'000 Franken als Ergänzung der Pflege von Kanton oder CMS oder Park im Grünen. Nach der Diskussion in der Gemeindekommission sind wir einstimmig der Auffassung, dass es sich - soweit wir es prüfen konnten - um etwas Gutes handelt, und wir bitten Sie, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Gemeindepräsident W. Banga: Wir werden so verfahren, dass wir die Diskussion zum Eintreten führen. Wenn Eintreten beschlossen wird, dann gehen wir das Teilzonenreglement durch. Vor

den Abstimmungen gibt es dann noch einmal ein Schlusswort des Departementschefs. Die Diskussion zum Eintreten ist eröffnet.

Hanni Huggel: Wo gibt es das schon auf einem Areal von 50 Hektaren? Sport, in den verschiedensten Arten, von Beach-Volleyball zu Fussball zu Schwimmen, Erholung, so genannte Intensiv-Erholung, Kurzspaziergang im Seegarten, Wandern an der Birs, Kultur verschiedenster Art in Brüglingen, Botanischer Garten mit ganz tollen seltenen Pflanzen, Hof mit Aktivitäten für Schulklassen, Pflanzenproduktionen, Stadtgärtnerei - grossartig! Das alles auf Münchensteiner Boden. Wir übernehmen hier eine ganz wichtige Zentrumsfunktion für Basel-Stadt und Umgebung und leider, muss ich vielleicht noch sagen, mit der Aufhebung der Billettsteuer fällt uns hier eine entsprechende Entschädigung weg. Doch das ist nicht auf unserem (Gemeinde)Mist gewachsen, leider haben wir das nicht mehr. Aber eine ganz wichtige Zentrumsfunktion führen wir hier aus. Dass das Ziel, das Herr Lauper erwähnte, die langfristige Sicherung des einmaligen Charakters der 50 Hektaren, erhalten bleibt, ist jetzt in diesem Teilzonenreglement zum Teil angepasst und neu formuliert worden. Wir von der SP können dem nur zustimmen. Wir finden, es handelt sich um eine gute Sache, auch klug verhandelt mit den verschiedensten Partnern - es war ja nicht so einfach. Zum Beispiel auch, dass man die Quartierplanpflicht im Bereich öffentliche Werke, Zone für Sportbauten, hineinnehmen konnte. Es hat gute Sachen in den Zonenvorschriften, und ich bitte Sie alle, zuzustimmen und einzutreten.

Jerôme Vuille: Liebe Münchensteinerinnen und Münchensteiner. Die FDP verfügt im Moment über einige Leute, die sich mit solchen Planungen befassen können. Wir haben das Glück, dass das per Zufall so ist. Wir haben uns ebenfalls eingehend mit der Planung respektive mit der Vision der Planung befasst. Ich kann einfach sagen, dass man Stunden und Stunden und Sitzungen benötigt. Man muss sich einlesen, den Sachen nachgehen und wir sind wirklich an die Grenzen von dem, was eine Milizgruppe machen kann, gestossen. Im Unterschied zu Herrn Tobler von der Gemeindegemeinschaft haben wir auch keine Sitzungsgelder. Bei uns war es reiner Aufwand und wir haben uns wirklich stundenlang mit diesen Details befasst. Wir sind mit den Zielen der Revision sehr einverstanden. Der heutige Charakter der wunderbaren Gegend muss erhalten und bewahrt werden. Die Aufgabe der Revision war, die heutige Nutzung zu erhalten und das Nebeneinander, das Frau Huggel bereits beschrieben hat, zu gewährleisten. Das ist sicher gemacht worden. Es ist auch eine ausgewogene Entwicklung möglich, Herr Tobler hat das ebenfalls bereits erwähnt, mit Sachen, wie eben „eine bescheidene Tribüne“. Bis man weiss, was das ist, muss man sich sehr lange mit der Angelegenheit befassen. Für so etwas sollte man nun einen Einwohnerrat haben. Wir haben geprüft, welche Massnahmen im Einzelnen vorhanden sind. Wir sind mit allen einverstanden. Es ist uns nichts aufgefallen, das irgendwie „daneben“ wäre. Leider lassen sich gewisse Kosten nicht vermeiden. Wir haben leider die einmaligen Ausgaben von 30'000 Franken, wir haben jährlich wiederkehrende Ausgaben von 10'000 Franken und wir kommen zur Beurteilung, dass die Fortschreibung des heutigen Zustands, die in der Planung gemacht wird, gut ist. Wir beantragen Zustimmung. Wir haben jedoch noch Fragen: Stehen den Ausgaben Einnahmen gegenüber? Wie aktiviert der Gemeinderat die grossen ideellen Werte, die in der Brüglinger Ebene stecken, zugunsten unserer Gemeinde? Wenn wir schon - wie wir gehört haben - von der Billettsteuer keine Einnahmen mehr haben, fragen wir uns, was man wenigstens machen kann, damit unsere Gemeinde etwas von den ideellen Werten bekommt, die dort stecken. Wir müssen uns zum Beispiel fragen, ob man schon jemals am Fernsehen, wenn etwas von der St. Jakobshalle kommt, gehört hat, dass sie in Münchenstein ist? Es heisst immer, es kommt aus der Basler St. Jakobshalle. Wenn man wüsste, dass es Münchenstein ist, wäre das sicher gut. Ich möchte den Gemeinderat fragen, wie er sich überlegt, genügend PR zu machen, Kommunikation, damit wir auch etwas davon haben. Danach kommt ja dann das Traktandum Teilstrassennetzplan. Ich erlaube mir, das an dieser Stelle ebenfalls zu erwähnen. Den haben wir natürlich ebenfalls studiert und uns damit beschäftigt. Wir fanden auch hier, dass der Teilstrassennetzplan sehr gut zur Teilzonenplanung passt und können auch hier empfehlen, der Teilstrassennetzplanung zuzustimmen. Damit schliesse ich, damit ich die Versammlung nicht noch allzu lange strapaziere. Danke.

André Schenker: Geschätzte Münchensteinerinnen und Münchensteiner. Ich vertrete die Meinung der CVP zum Traktandum 8, Teilzonenplan, und dort, wo es sinnvoll ist, mache ich gerade eine Verknüpfung oder einen Hinweis zum Traktandum 9, Teilstrassennetzplan. Ich möchte grundsätzliche Überlegungen darlegen und mich nicht im Detail verlieren. Vielleicht gibt es hie und da eine Wiederholung. Zuerst darf festgehalten werden, dass die Revision des Teilzonenplans Brüglinger Ebene im Grundsatz unbestritten und sehr notwendig ist. Wir haben es gehört: Der heutige, gültige Teilzonenplan ist rund 30 Jahre alt, also vor der Grün 80 entstanden. Es hat seither ein paar kleinere Anpassungen gegeben, doch die Entwicklung in den vergangenen

zwanzig Jahren ist in der Brüglinger Ebene nur ganz punktuell eingeflossen. Mit der Revision des Teilzonenplans Brüglingen wird die heutige Situation planerisch festgehalten und gleichzeitig auch der Spielraum und die Randbedingungen für die zukünftige Entwicklung festgelegt. Der Spielraum ist allerdings nicht sehr gross, denn die heutigen Hauptnutzungen sind vorgegeben und in dieser sehr attraktiven Mischung erwünscht. Es wurde genannt, ich möchte nicht alles wiederholen, nur zwei, drei Stichworte, verschiedene Sportaktivitäten, der Botanische Garten, der Biobetrieb, Seegarten-Restaurant, Stadtgärtnerei, Stiftung im Grünen, Birswald und Birs. Das Mosaik von Nutzungen, Gebäuden, Anlagen, Landschaft und Natur ist einzigartig. Münchenstein darf - und da bin ich persönlich absolut überzeugt - als Standortgemeinde stolz auf diese Situation sein. Eine generelle Bemerkung zu den verschiedenen Anhängen zum Teilzonenplan Brüglinger Ebene: Die Objektbeschreibungen sind möglicherweise für den einen oder anderen auf den ersten Blick zu umfangreich und zu detailliert. Sie beinhalten Beschreibungen von bemerkenswerten und schützenswerten Eigenschaften der einzelnen Objekte, besondere Pflanzenarten, Tierarten oder denkmalgeschützte Liegenschaften. Enthalten sind auch Hinweise zu Unterhalt und Pflege, damit genau die Eigenschaften nicht verloren gehen oder zerstört werden. Als Fazit gilt, die Objektblätter entsprechen in der vorliegenden Art dem heute üblichen Standard in der Zonenplanung. Wichtig ist auch, dass die zwei grossen Grundbesitzer, also die CMS und Basel-Stadt, Betreiber, Pächter, Hauptnutzer im langen Planungsprozess begrüsst und einbezogen wurden. Ihre Wünsche und Anliegen wurden ja zu einem grossen Teil berücksichtigt. Die CVP hat aus all diesen Überlegungen an ihrer Parteiversammlung den Teilzonenplan Brüglinger Ebene einstimmig angenommen. Das gleiche gilt auch für den Teilstrassennetzplan Brüglinger Ebene. Zum Schluss eine generelle Bemerkung: Mit dem revidierten Teilzonenplan Brüglinger Ebene und dem Teilstrassennetzplan stehen der Gemeinde aktualisierte Planungsinstrumente zur Verfügung. Die bieten auch Gewähr, dass das attraktive und vielseitige Naherholungsgebiet zwischen Birs, St. Jakob und Dreispitz auch in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren erhalten und in einem ausgewogenen Rahmen - wie wir meinen - erneuert und weiterentwickelt werden kann. Diese beiden Planungsinstrumente verdienen deshalb Ihre Unterstützung. Besten Dank.

Thomas Hofer: Ich möchte das Ganze nicht noch mehr verlängern. Auch wir von der SVP haben alles studiert und sind gleicher Meinung, wie alle Vorredner. Wir hätten nur noch eine Frage, und zwar bezüglich Siedlungsplan Landschaft. Ist das alles mit dem Renaturierungskonzept Birs des Kantons abgesprochen? Liegt das Einverständnis des Kantons vor?

Gemeinderat L. Lauper: Ja.

Gemeindepräsident W. Banga: Gibt es weitere Wortbegehren? Das ist nicht der Fall, Eintreten ist somit unbestritten. Will Lukas Lauper schon jetzt die Fragen beantworten?

Gemeinderat L. Lauper: Es wurden einige Fragen gestellt. Als erstes die bescheidene Tribüne: Im Reglement, § 18 Abs. 1b, steht: „Für die Errichtung einer bescheidenen Tribüne im bestehenden Leichtathletikstadion ist eine maximale Gebäudehöhe von 6.50 m ab gewachsenem Terrain zulässig.“ Es ist also definiert, wie hoch „bescheiden“ ist. Dann die Frage wegen Einnahmen und Inwertsetzung dieses Gebiets: Aus dieser Revision, aus dem neuen Teilzonenplan und nachher auch aus dem Strassenreglement gibt es keine neue Einnahmen. Das hat die FDP vermutlich ebenfalls schon bemerkt. Die Inwertsetzung gehört nicht direkt in mein Departement, ich erlaube mir jedoch trotzdem, eine Antwort zu geben. Das Ziel kann nicht sein, dass es im Schweizer Fernsehen „Sporthalle Münchenstein“ heisst. Das wäre ein bisschen zu weit gegriffen, vor allem auch, weil „Sporthalle Basel“ nicht falsch ist, denn sie gehört der Stadt Basel. Beispielsweise sind wir im Moment daran, dafür zu sorgen, dass am Turm, der neu entstanden ist, auch noch „Münchenstein“ erscheint und nicht nur „Basel“. Wir sind daran, bei der Erteilung von Bewilligungen für Veranstaltungen im Gebiet St. Jakob, dafür zu sorgen, dass nebst „Basel“ auch noch „Münchenstein“ auf den Plakaten und auf den Werbungen erscheint. So, wie wir es auch beim Schaulager gemacht haben. Das läuft nicht einfach unter „Basel“, sondern unter „Münchenstein-Basel“. Ich denke, auf dieser Ebene können wir etwas machen, da sollte es vor allem möglich sein, dass man wenigstens in der Region weiss, dass, wenn im St. Jakob ein Fussball- oder ein Eishockey-Match stattfindet, man nicht einfach in Basel ist, sondern bei Basel in Münchenstein. Viel mehr Möglichkeiten haben wir nicht, aber die, die wir haben, die nutzen wir. Am Schluss kam noch die Frage zur Renaturierung Birs, Stichwort „Hallo Biber“. Das ist mit Kanton und „Hallo Biber“ abgesprochen. Hier gibt es keine Konflikte.

Gemeindepräsident W. Banga: Nachdem Sie auf das Geschäft eingetreten sind, gehen wir weiter zur weiteren Diskussion und zwar zur Behandlung des Teilzonenreglements Siedlung

und Landschaft Brüglinger Ebene mit einem Gemeinderatsbeschluss vom 24.1.06. Sie haben die grosse Fassung. Ich rufe seitenweise auf und Sie können sich melden.

Die Vorlage wird seitenweise abgerufen.

Gemeindepräsident W. Banga: Gibt es grundsätzlich übers Ganze gesehen nochmals Fragen? Das ist nicht der Fall. Gehen wir zur Abstimmung. Der Antrag befindet sich auf Seite 12 der Gemeinderatsvorlage. Er lautet: „Der Gemeindeversammlung wird beantragt, 1. Den revidierten Teilzonenvorschriften Siedlung und Landschaft, bestehend aus dem Teilzonenplan 1:2'000 und dem Teilzonenreglement sowie den Anhängen 1 bis 7 wird zugestimmt; 2. Die Teilzonenvorschriften werden nicht publiziert, sie können bei der Bauverwaltung eingesehen werden. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum“. Wenn Sie dem zustimmen können, bezeugen Sie es bitte mit Handerheben. Gegenmehr? Sie haben den Teilzonenplan Brüglinger Ebene, die Zonenvorschriften, einstimmig genehmigt.

://: Den Anträgen des Gemeinderats,

1. Den revidierten Teilzonenvorschriften Siedlung und Landschaft (Teilgebiet Brüglinger Ebene), bestehend aus dem Teilzonenplan 1:2'000 und dem Teilzonenreglement sowie den Anhängen 1 bis 7 wird zugestimmt;
2. Die Teilzonenvorschriften werden nicht publiziert. Sie können bei der Bauverwaltung eingesehen werden;

wird einstimmig entsprochen.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Gemeindepräsident W. Banga: Wir kommen nun noch zum Traktandum 9, das mit dem gleichen Problembereich zusammenhängt, zum Teilstrassennetzplan Brüglinger Ebene. Auch hier geht das Wort zuerst an den Departementschef Lukas Lauper.

Gemeinderat L. Lauper: Die Ausgangslage bei diesem Traktandum ist eine ähnliche, wie beim vorherigen. Wir haben eine Planung von 1979, die man wieder einmal anschauen musste. Von aussen wurden wir auch darauf aufmerksam gemacht, dass wir das müssen. Auch hier stellt sich die Frage „Parkplatzsituation St. Jakob“, das ist sicherlich noch allen bekannt. Es ist etwas spezielles, jetzt über diesen Teilstrassennetzplan zu sprechen. In der Brüglinger Ebene befindet sich ein dichtes Netz von privaten Wegen, vor allem für Fussgänger, teilweise für Zweiräder, und „noch teilweiser“ für den Motorfahrzeugverkehr. Es sind 50 Hektaren, die Hälfte gehört der Einwohnergemeinde Basel und der Rest eigentlich der Christoph Merian Stiftung. Wir haben für die Revision das Verkehrs- und Parkierungskonzept Parklandschaft St. Jakob von 2002 berücksichtigt - das hat die Firma Gruner erarbeitet, unter der Leitung der Regionalplanungsstelle beider Basel -, dann den Aktionsplan Parklandschaft St. Jakob, Nutzung und Verkehr, ebenfalls von 2002, das wurde erarbeitet vom Planteam S, auch wieder unter der Leitung der Regionalplanungsstelle beider Basel. Wir mussten natürlich auch hier darauf achten, dass unsere Planung mit dem, was andernorts oder von übergeordneter Stelle geplant wird, übereinstimmt. Das ist vor allem im Bereich St. Jakob wichtig, dort stösst unsere Gemeinde ja direkt an Basel, die Tramlinie befindet sich bereits in Basel, der Weg zwischen Tram und Schwimmbad ebenfalls, aber beim Randstein hört Basel dann auf. Es ging darum, das Gebiet auch langfristig zu sichern, damit die Durchgängigkeit, wie sie jetzt besteht, erhalten und sogar noch verbessert werden kann. Dass das Gebiet für Fussgänger, Zweiräder, aber auch für Motorfahrzeugverkehr und vor allem auch für die Zufahrt zu Grossveranstaltungen, also Lieferungen, erschlossen ist. Die Vorschläge zur Lösung der Verkehrsprobleme im St. Jakob sind soweit berücksichtigt, wie sie die Gemeinde Münchenstein betreffen. Was noch wichtig ist: Im Gegensatz zur andern Planung, die grundeigentümerverbindlich ist - das heisst, was beschlossen wurde, müssen die Besitzer auch umsetzen, sie können nicht etwa irgend etwas anderes machen - ist der Strassennetzplan eine Richtplanung, das heisst, der Gemeinderat ist verpflichtet, dem nachzuleben. Aus diesem Grunde muss man eigentlich unter allen enthaltenen Festlegungen verstehen „der Gemeinderat hat den Auftrag in diese Richtung zu wirken“. Ich zeige Ihnen auch hier einen Plan. Ich möchte nur auf ganz wenige Punkte eingehen. Wie kann ich mit welchen Zweirädern durch das Gebiet fahren? Die Grosse Allee, sprich das Kilometerwägli, ist jetzt zugelassen für Mofas und Velos und selbstverständlich auch für Fussgänger. Das heisst, die „Motorsägen auf Rädern“, die 45er Töffli, dürfen nicht durchfahren, obwohl man unterwegs sicher schon den einen oder andern angetroffen hat. Die Mofas, E-Bikes und Velos können wie gehabt durchfahren. Auf dieser Achse war bis jetzt ein absolutes Fahrverbot, das bekanntlich auch nicht immer eingehalten wurde. Dort besteht die Absicht - und das ist ein Unterschied zu den Unterlagen, die sie studieren oder herunterladen konnten - dort ist ein Fussweg vorgesehen, also das blaue Zeichen mit dem Fussgänger und einer Zusatztafel „Velfoahren gestattet“. Dort sind jedoch kei-

nerlei motorisierten Vehikel erlaubt. Das Konzept basiert darauf, dass der Motorfahrzeugverkehr nicht durch die Ebene fahren kann, sondern nur bis an sie heran. Dann gibt es noch das Thema „Schänzli“, zu dem jetzt die grossen Pferdetransporter hier quer durchfahren. Hier ist die Haltung und der Auftrag an den Gemeinderat auch, dafür zu sorgen, dass - wenn die Anlage im Schänzli im Jahr 2008 nicht mehr besteht, oder selbst, wenn sie wider Erwarten doch noch bestehen sollte - der Verkehr nicht mehr hier durchfährt. An den Sonntagen, an denen Rennen stattfinden, ist es a. so, wie es läuft, einfach kein Zustand, und b. befindet sich hier auch - Sie haben es bei der vorherigen Vorlage vielleicht beachtet - eine Grundwasserschutzzone, über die eine Strasse führt, was ebenfalls nicht rechtens ist. Ich bitte Sie auch hier, auf die Vorlage einzutreten und dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen. Danke.

Peter Tobler: Die Ausführungen von Lukas Lauper wurden gehört, sie waren ausführlicher als die, die wir in der Gemeindekommission vernahmen. Erwähnen möchte ich jedoch noch einmal das Wegnetz. Es ist ja in privater Hand aber - wenn man es etwas genauer liest - es bestehen offenbar grosse Unklarheiten im Bereich Grosse Allee. Das heisst - eben, zwischen den Zeilen - je nach Verhandlungsergebnis des Gemeinderats mit den Landeigentümern können im Bereich Grosse Allee für Verkehrsberuhigungen noch Kostenbeteiligungen auf die Gemeinde zukommen. Lukas Lauper hat bereits gesagt, was alles erlaubt ist, was alles unter Velo und Mofa gehört. Es sind Zweiräder mit Fusskurbel. Also alles, das man noch „treten“ könnte, wenn man die Kraft hat. Zusätzliche Kosten für Verkehrsberuhigung auf der Grossen Allee: Wie das, Verkehrsschikanen für ein Auto, vorgenommen werden sollte, kann ich nachvollziehen, wie man ein Töffli oder einen Roller stoppen will, ist mir nicht ganz klar. Wichtig ist auch, das wurde uns versprochen, dass auf den Routen zwischen Brüglinger Hof und Restaurant oder der Querverbindung durch die Polizei etwas besser kontrolliert wird, wobei der Fussgänger immer Vortritt hat, hätte oder haben müsste. Aber in diesem Sinne bitten wir Sie, der Vorlage zuzustimmen.

Gemeindepräsident W. Banga: Ist Eintreten auf die Vorlage bestritten? Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Diskussion zum Geschäft. Das Wort wird nicht verlangt, die Diskussion ist geschlossen. Die Fragen, auch die bezüglich Töffli in der Grossen Allee, die in der Gemeindekommission aufgeworfen worden sind, wurden geklärt oder hat Lukas Lauper dazu noch etwas zu sagen? Wir können also zur Abstimmung schreiten. Ich lese den Antrag: „Der Gemeindeversammlung wird beantragt, 1. Dem revidierten Teilstrassennetzplan Brüglinger Ebene 1:2'000 und dem zugehörigen Massnahmenkatalog wird zugestimmt; 2. Der Teilstrassennetzplan wird nicht publiziert, er kann bei der Bauverwaltung eingesehen werden.“ Und auch dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum. Wenn Sie diesem Antrag des Gemeinderats zustimmen können, bezeugen Sie es bitte mit Handerheben. Gegenmehr? Sie haben den Teilstrassennetzplan genehmigt.

://: Den Anträgen des Gemeinderats,

1. Dem revidierten Teilstrassennetzplan Brüglinger Ebene 1:2'000 und dem zugehörigen Massnahmenkatalog wird zugestimmt;
 2. Der Teilstrassennetzplan wird nicht publiziert. Er kann bei der Bauverwaltung eingesehen werden;
- wird einstimmig entsprochen.
Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 10

Verschiedenes

Verhältnis Gemeindekommission/Gemeinderat

Josef Kost: Geschätzte Anwesende, ich möchte bei dieser Gelegenheit Folgendes sagen. Ich möchte das Verhältnis Gemeindekommission/Gemeinderat geklärt haben. Bei mehreren Begründungen und Äusserungen heute Abend wurde immer wieder herausgehört, dass die Korrespondenz Gemeinderat/Gemeindekommission nicht funktioniert. Ich habe auch hier eine gewisse Erfahrung. Offenbar ist es auch heute noch nicht besser. Auch hier zeigt sich, dass beim so genannten Zweikammersystem etwas faul ist oder etwas nicht funktioniert. Ich möchte vom Gemeinderat wissen, wie das ist.

Gemeindepräsident W. Banga: Ich nehme an, es handelt sich um eine Anfrage gemäss § 69. Ich kann es „aus dem hohlen Bauch“ von meiner Seite her beleuchten: Ich habe nicht den Eindruck, dass das Verhältnis mit der Gemeindekommission schlecht ist. Wir haben manchmal

lediglich in Sachfragen verschiedene Ansichten. Es wurde ganz klar gesagt, die Gemeindekommission hat die Auffassung, dass sie die Unterlagen zu spät erhält. Das nehmen wir entgegen. Aber sonst, im persönlichen Bereich und im Umgang, finden keine Grabenkämpfe statt. Aber es ist einfach so, dass man miteinander um die Sachgeschäfte ficht. Es werden kritische Fragen gestellt, es wird Antwort auf diese Fragen gegeben, aber Krieg zwischen Gemeinderat und Gemeindekommission besteht nicht. Das kann niemand behaupten.

Bestattungs- und Friedhofreglement

Dr. Arnold Amacher: Ich muss Sie nochmals um zwei, drei Minuten Aufmerksamkeit bitten. Keine Angst, wir gehen nicht die ganze Vorlage durch. Gehen Sie bitte zurück auf Seite 4, Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission. Ich möchte zum Thema Friedhofreglement einen Antrag stellen, und zwar einfach im Sinne der Betroffenheitsdemokratie. Ich bin persönlich betroffen. Ich habe damals den Antrag gestellt, dass man prüft, die Bestattungen entgeltlich zu machen. Wir hatten danach Gemeindekommissionssitzungen, Gemeindeversammlungen, und alle Parteien wünschten, dass der Gemeinderat ein abgestuftes Gebührenreglement erlässt. Es wurde ein Antrag der SP überwiesen, man solle das machen. Sie können es im Reglement nachlesen, erhältlich auf der Gemeindeverwaltung. Der Gemeinderat hat eine Gebührenordnung erlassen, in die er eine absolute Grenze ohne Abstufung aufgenommen hat. Offensichtlich wurde das im Gemeinderat nicht gehört. Es sind weder Ihre Voten gehört worden, noch die Beschlüsse wurden umgesetzt. Ich stelle daher den Antrag gemäss § 68, dass man auf das Geschäft „Bestattungsreglement“ zurückkommt und bei Gelegenheit auch die beiden anderen Verordnungen und die Gebührenordnung ausmistet. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag zuzustimmen. Ich lese ihn noch rasch vor. Es geht ums Nachlassvermögen. In der Gebührenordnung ist jetzt festgeschrieben, dass Grössenordnung 15'000 Franken Nachlassvermögen reichen, damit Hinterbliebene die ganzen Bestattungskosten übernehmen müssen, Grössenordnung 5'000 Franken. Ich bin der Meinung, dass das ein so tiefer Ansatz ist, dass es nicht einmal reicht, dass Eltern ihren Kindern einen „Batzen“ für Ausbildung oder so hinterlassen können. Ich bin daher der Meinung, dass das Festlegen dieser Grenze nicht in die Hände des Gemeinderats gehört, sondern in die Hände der Gemeindeversammlung oder des Einwohnerrats, genau so, wie ein Feuerwehsteuersatz oder ein anderer Steuersatz, oder sonst eine Gebühr. [Auf einen Hinweis aus dem Publikum korrigiert A. Amacher den Ausdruck „überschreitet“ in „unterschreitet“.] Beim Punkt 2 sind Gedanken enthalten, die den Gemeinderat anregen sollen, das Bestattungsreglement dort zu klären und vor allem die Gebührenordnung anzupassen. Ich habe mich während der Gemeindekommissionssitzung erkundigt, ob der Gemeinderat Willens wäre, die Gebührenordnung im Schnellverfahren zu ändern, allerdings keine Antwort erhalten. Deshalb stelle ich den Antrag. Die beiden andern Punkte sind so wie früher. Wenn die Grenze eine gewisse Limite unterschreitet, dann übernimmt die Gemeinde einen Teil oder die ganzen Bestattungskosten. Ich möchte Sie bitten, den Antrag zu überweisen. Dann kann man das Geschäft traktandieren, und es wird vielleicht erheblich erklärt oder auch nicht. Das sehen wir dann.

Gemeindepräsident W. Banga: Der Gemeinderat nimmt den 68er von Noldi Amacher entgegen.

Redner/innen an Gemeindeversammlungen

Fritz Langlotz: Lieber Gemeinderat. Wir haben dort vorne eine tolle Leinwand. Wenn wir schon überall sparen müssen, dann kann von mir aus gesehen auf die Leinwand verzichtet werden, weil man von der dritten Reihe weg sowieso nichts mehr sieht. Ich habe eher den Wunsch, dass die Redner, die vorne stehen, sich ebenfalls auf die Bühne begeben, dann würden nämlich auch alle sie sehen - und nicht nur von die, die sich in der vordersten Reihe befinden. Danke.

Gemeindepräsident W. Banga: Wir nehmen diese organisatorische Meinung von Fritz Langlotz entgegen.

Schneeräumung

Peter Graser: Ich möchte die Angelegenheit nicht verlängern, ich will weder Landsgemeinde-Redner noch Nachfolger von Karl Spichty sel. werden. Aber der Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung erhalten ja in dieser - immer noch - Gemeindeversammlung (das ist ja vielleicht auch das Schöne daran) hin und wieder ziemlich Schelte. Und deshalb sollte man zwischendurch auch ein Dankschön aussprechen. Leider wurde das Dankeschön bei mir ein bisschen

getrübt, wenn in Leserbriefen über die mangelnde Schneeräumung geschrieben wird. Ich finde, das hat einen üblen Geschmack. Wir sind hier eine heterogene Gesellschaft. Wir sind 11'500 Egoisten, schon die kleinen Kinder sind das nämlich. Es ist klar, dass jedes Schneehäufchen vor dem eigenen Haus am meisten stört. Aber ich muss Ihnen einfach sagen, dass die Bauverwaltung mit den Mitteln, die sie zur Verfügung hat, einen ausgezeichneten Job verrichtet hat. Es ist mir auch nicht bekannt, dass jemand verhindert wurde, an die drei „schönste Dääg“ zu gehen, es sind alle angekommen. Meine Damen und Herren, Sie wissen es genau: Ich bin beileibe ein kritischer Betrachter, insbesondere der Bauverwaltung. Jetzt können Sie einmal richtig klatschen und nicht nur unmotiviert bei den Voten. Danke. [Applaus.]

Gemeindepräsident W. Banga: Danke für die Blumen von Peter Graser, wir nehmen sie gerne zu Händen unserer Mitarbeiter, eben der Bauverwaltung, und allen, die sich eingesetzt haben, entgegen. Gewisse Voten oder Schriftstücke kamen uns natürlich auch komisch vor. Wir wissen, es war ein Ereignis, das es so seit 75 Jahren nicht mehr gegeben hat. Jeder Entscheidung, den wir zusammen mit unseren Beauftragten in diesen Tagen und Nächten trafen, konnte richtig oder falsch sein. Das wissen wir auch. Aber ich glaube, im Grossen und Ganzen wurden die richtigen Entscheide getroffen, und es wurde die richtige Arbeit geleistet. Noch einmal ganz herzlichen Dank an alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese Freinacht und die fast zwei Tage pausenlosen Einsatz von einzelnen Spezialisten geleistet haben. Weitere Wortbegehren? Es gibt keine mehr, die Diskussion ist geschlossen. Ich teile Ihnen mit, dass die nächste Gemeindeversammlung am Dienstag, 20. Juni 2006, sein wird. Ein wichtiges Traktandum wird dort die Jahresrechnung 2005 sein. Ich danke Ihnen, dass Sie an diese Versammlung gekommen sind, die leider ein bisschen durch das, was nicht rechtlich geklärt werden konnte, getrübt wurde. Ich hoffe, dass Sie den Glauben an die Gemeindeversammlung, solange sie noch besteht, trotzdem nicht verlieren, wünsche Ihnen einen schönen Abend und eine gute Heimkehr. Die kostenpflichtigen Getränke stehen draussen bereit.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

Walter Banga

Kathrin Cottier Hofer